

## LEBENS PARTNERSCHAFT

Fünf Jahre Erfahrung mit dem neuen Gesetz

## NO STAY AREAS?

Kölner Innenstadt der Bundeswehr zu verrucht

## VERSCHÄRFUNG

Neue Regeln in der Grund-  
sicherung für Arbeitssuchende

## VERZWEIFLUNG UND ANTIDEPRESSIVA

Homosexuelle Flüchtlinge aus  
dem Iran – Asyl in Deutschland

## LANDTAGSWAHLEN

Rot-rote Politik in M-V

## DENKMAL

Interview mit den Künstlern



## AIDS-PRÄVENTION – KRISE UND CHANCE

Rolf  
Rosenbrock



# Ich bleibe am Ball.

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries im Interview mit respekt!  
zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

## POLITIK

- 07 Eine Erfolgsgeschichte?  
Fünf Jahre Lebenspartner-  
schaftsgesetz
- 09 Bildung als Entree?  
Einbürgerungskurse sollen  
Weg in die deutsche Gesell-  
schaft ebnen – aber wie?
- 10 Keine Verführung!  
Antischwules aus dem Bundes-  
verteidigungsministerium
- 14 Aids-Prävention  
Krise und Chance einer  
Innovation

## MEINUNG

- 07 Erfolg beim AGG  
Ein Vierteljahrhundert Kampf  
um ein Antidiskriminierungs-  
gesetz

## LÄNDER

- 18 Berlin Respect Gaymes  
Sport für Akzeptanz
- 19 Sektierer in der EKD  
Evangelikale Wüstenstromer  
an der TU Chemnitz und im  
Erzgebirge
- 19 Nichts kommt von allein  
Bilanz rot-roter Regierung in  
Mecklenburg-Vorpommern

## RUBRIKEN

- 02 Impressum
- 03 Editorial
- 04 Pressespiegel
- 16 Bundesverband
- 18 Landesverbände
- 20 Adressen

## PROJEKTE

- 22 ilse war campen ...  
in der Mark Brandenburg
- 23 Wege ins Familienleben  
Leibliche Kinder in Regen-  
bogenfamilien

## WISSEN

- 25 Verwandtschaft machen  
Ein ethnographisches  
Forschungsprojekt an der  
Humboldt-Universität

## INITIATIVEN

- 26 Machismo ist das Übel  
Interview mit den Künstlern  
des geplanten Denkmals für  
die in der NS-Zeit verfolgten  
Homosexuellen

Seite 8



**Aufklärung und Selbsthilfe**  
Migranten in Deutschland,  
acht Jahre ERMIS

Seiten 12–13



**Selbstmordgedanken**  
Homosexuelle Flüchtlinge aus dem  
Iran und Asyl in Deutschland

Seite 21



**Und wenn Ümit schwul ist?**  
Social Justice in Theorie und  
Praxis

## impresum!

**Respekt • Zeitschrift für Lesben- und Schwulenpolitik** • ISSN 1431-701X. • **Herausgegeben** vom Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) e.V. **Lesben- und Schwulenverband**

**Redaktion:** Renate H. Rampf (v.i.S.d.P.), Eberhard Zastrau • **Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe:** Axel Blumenthal, Manfred Bruns, Nikos Delveroudis, Günter Dworek, Maik Exner-Lamnek, Dr. Sabine Hess, Dr. Elke Jansen, Klaus Jetz, Uta Kehr, Constanze Körner, Martin Pfarr, Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Hartmut Rus, Arnulf Sensenbrenner, Alexander Zinn

**Grafik & Layout:** Eberhard Zastrau • **Titelfoto:** Burghard Mannhöfer • **Druck:** Solo Druck, Köln.

**Redaktionsanschrift:** LSVD-Pressestelle, Willmannsdamm 10, 10827 Berlin • **Fon:** (030) 789 54 778, **Fax:** (030) 789 54 779 • **Mail:** presse@lsvd.de, **Internet:** www.lsvd.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Februar 2005. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Tonmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge, Anzeigen und Werbebeilagen geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

# Wegweiser



Dr. Julia Borggräfe  
Bundesvorstand des LSVD

In Spanien passierte vor kurzem nahezu Unglaubliches: Lesben und Schwule dürfen heiraten (nicht „sich verpartnern“, sondern heiraten!), das spanische Eherecht wurde ohne irgendwelche Einschränkungen für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Doch der Sturm in der Bevölkerung blieb wider Erwarten aus. Offenbar waren die Spanier weiter, als viele dachten. Was wäre wohl in Deutschland passiert?

Ab und zu packt mich die Neugier. Dann mache ich einen kleinen Test und frage den Mann von der Straße und die Frau von nebenan. Wunderbarerweise sind sich die meisten einig: Lesben und Schwule sind in Deutschland voll akzeptiert. Ja, in Polen oder Riga, da ist das anders. Aber hier können die Homosexuellen doch sogar heiraten. Und erklärt man die Benachteiligung im Steuerrecht, finden das auch die meisten Heteros ungerecht.

Nehmen wir das Volk doch beim Wort: Deutschland ist reif für die volle Gleichstellung von Lesben und Schwulen. Die Bürgerinnen und Bürger sehen darin offenbar kein Problem. Nicht die Wähler, sondern die Politiker fürchten sich vor weiteren Schritten.

Durch die Einführung der Lebenspartnerschaft sind lesbische und schwule Lebensrealitäten in einer Weise in die deutsche Gesellschaft integriert, die in der deutschen Geschichte bisher einmalig ist. Dabei ist es erst fünf Jahre her, dass nach Jahrzehnten der Verfolgung und Rechtlosigkeit homosexuelle Lebensformen endlich staatlich akzeptiert wurden.

Das öffentliche Bewusstsein, dass Schwule und Lesben heiraten können sowie die vielen Tausend Lesben und Schwulen, die bereits einen Ehering tragen, haben das Selbstverständnis in der Gesellschaft weiter gestärkt. Es ist zwar immer noch an der Tagesordnung, dass Lesben und Schwule diskriminiert und von vielen Menschen abgelehnt werden. Aber selbst an Stammtischen sind sie inzwischen zu einer gesellschaftlichen Realität geworden.

Die Liberalisierung der Atmosphäre hat manches Parteiprogramm erreicht. Es gibt im Parlament sogar eine rechnerische Mehrheit für die Gleichstellung – die ist jedoch nicht handlungsfähig. Ein konzertiertes und konsequentes Vorgehen aber fehlt. Das soll alles gewesen sein?

Reformvorschläge gibt es genug: Familiensplitting? Gerne, denn auch Lesben und Schwule, übernehmen Verantwortung für Kinder. Demographische Herausforderungen? Viele Lesben und Schwule wünschen sich Kinder und warten nur auf das gemeinsame Adoptionsrecht. Einkommenssteuer und Sozialrechte? Am besten einfach die vielen Ausnahmen für Lebenspartner streichen und die Partnerschaft der Ehe gleich stellen. Erbschaftssteuer? Sind wir bereit zu zahlen – aber nur genau so viel wie andere auch.

Warum auf die nächste Wahl oder die eigenen Hochzeitswünsche warten? Deutschland ist reif für die volle Gleichstellung. Lesben und Schwule dürfen nicht darauf warten, bis die Politik endlich auch soweit ist – wir müssen unsere Rechte vielmehr hörbar und mutig einfordern. Und so der Politik den richtigen Weg weisen.

*J. Borggräfe*

**BERLINER MORGENPOST**

Berliner Morgenpost, 26. Februar 2006, über die LSVD-Plakataktion „Çigdem ist lesbisch, ...“:

Neulich bin ich an einem Plakat vorbeigelaufen. Nein, das stimmt nicht ganz, ich bin dann davor stehengeblieben. Als ich es sah, traute ich meinen Augen nicht. Wurde ich jetzt offiziell in den Klub aufgenommen? War das mein Ticket? Jahrelang suchte ich vergebens und fand nicht einmal Kaffeetassen mit meinem Namen drauf, ... Und nun stand er da, einfach so auf einem Plakat in der Friedrichstraße, und dazu noch in großen Lettern: Çigdem. Sogar korrekt geschrieben und mit allen Sonderzeichen! Heute mußte mein Glückstag sein.

Doch der Text ging noch weiter „Çigdem ist lesbisch, Vera auch“. Wie jetzt? Lesbisch? Nach 26 Jahren sehe ich zum ersten Mal meinen Namen irgendwo stehen, und dann gleich - lesbisch? Das geht mir jetzt aber zu schnell! Es hilft auch nicht zu sagen „Vera auch“, denn die nächsten Wochen wird mir diese Vera wohl nicht zur Seite stehen, wenn meine Freunde mich neckisch auf dieses Plakat ansprechen. Ich sehe sie schon förmlich grinsen. ...

**DIE WELT**

Die Welt, 9. März 2006

Zum Abschluß des zweitägigen Berlin-Besuchs von Polens Staatspräsident Lech Kaczynski hat es am Donnerstag in Berlin heftige Proteste gegeben. ...

Auch der Lesben- und Schwulverband Deutschlands (LSVD) hatte zu der Protestaktion vor der Humboldt-Universität aufgerufen. Der Verband forderte die Bundesregierung auf, die lesben- und schwulenfeindliche Politik der neuen polnischen Staatsführung deutlich zu verurteilen. „Polens Präsident stachelt seit Jahren Haß auf Lesben und Schwule an“, heißt es in einer in Berlin verbreiteten Erklärung. Es gebe größte Hochachtung davor, wie die Polen Demokratie und Freiheit erkämpft hätten. Um so bedrückender sei es, wenn Ressentiments und Hass gegen Minderheiten geschürt würden.

**die tageszeitung**

taz, 27. März 2006: Zypriens für mehr Homorechte

KÖLN dpa Justizministerin Brigitte Zypriens (SPD) will sich bei den Verhandlungen über das Antidiskriminierungsgesetz für die Rechte von Schwulen und Lesben stark machen. „Wir Sozialdemokraten gehen in die Verhandlungen mit dem Ziel, auch das Merkmal sexuelle Identität aufzunehmen“, sagte Zypriens beim LSVD-Verbandstag. EU-Richtlinien sehen für den Diskriminierungsschutz im Zivilrecht nur die Merkmale Rasse, Herkunft und Geschlecht vor. Ferner forderte Zypriens die vollständige Gleichstellung von Schwulen und Lesben im Steuerrecht, im Beamten- und Soldatengesetz, bei Ausbildung und sozialen Leistungen. Auf Grund der Positionen der Union werde es aber nicht leicht fallen, bei der Gleichstellung Verbesserungen zu erreichen.

**russland.RU**  
die Internet-Zeitung

russland-online.ru, 3. Juni 2006:

Mit Protestaktionen vor Russischen Vertretungen in vier deutschen Städten haben Homosexuelle am Freitag gegen die Unterdrückung von Homosexuellen in Russland demonstriert. Vor der Botschaft in Berlin und den Generalkonsulaten in Hamburg, München und Bonn versammelten sich nach Angaben des Lesben- und Schwulverbandes (LSVD) insgesamt mehrere hundert Demonstranten, darunter auch viele politische Mandatsträger. ...

LSVD-Sprecher Günter Dworek nannte es „unerträglich, wie in Moskau grundlegende Menschenrechte mit den Füßen getreten werden“. Demonstrieren für Toleranz sei verboten; dafür toleriere die Polizei Rechtsextreme und religiöse Fanatiker, die friedliche Demonstranten verprügelten. „Das ist nicht hinnehmbar“, betonte Dworek. „Die Russische Föderation ist Unterzeichner der Europäischen Menschenrechtskonvention. Sie muss die Menschenrechte auch für Lesben und Schwule gewährleisten.“

**WIESBADENER KURIER**

Wiesbadener Kurier, 24. Juli 2006

Das Verteidigungsministerium will einem „Spiegel“-Bericht zufolge künftig vermeiden, dass Soldaten auf Dienstreisen in Hotels in der Nähe von Schwulenbars übernachten. Unter Berufung auf ein Schreiben an den Petitionsausschuss des Bundestages zitiert das Blatt das Ministerium mit dem Argument: „Negative Auswirkungen auf das Ansehen der Bundeswehr sollen so vermieden werden.“ Den Soldaten könne keine Unterbringung in einem Viertel zugemutet werden, das der homosexuellen Szene mit „einschlägigen Lokalen“ zuzuordnen sei. Die Grünen sowie der Lesben- und Schwulverband (LSVD) protestierten gegen diese Haltung. ...

Anordnung „rückschrittlich“ Der Sprecher des Lesben- und Schwulverbandes (LSVD), Jacques Teyssier, bezeichnete die Anordnung als „kulturell rückschrittlich und undemokratisch“. Es sei lächerlich anzunehmen, dass Soldaten Schaden nehmen, wenn sie an einer Schwulenbar vorbeigehen oder ein wenige Schritte entferntes Hotel benutzen müssten. Das Ministerium solle die „peinliche Anordnung“ zurückzunehmen.

**DER TAGESSPIEGEL**

Der Tagesspiegel, 24. Juli 2006:

Pflüger sagte, der Führung des Ministeriums sei von dem Vorgang nichts bekannt. „Das wird am Montag sofort aufgeklärt. Toleranz gegenüber anderen sexuellen Orientierungen hat für die Bundeswehr einen hohen Stellenwert“, erklärte der CDU-Politiker dem Tagesspiegel. „Wenn es einen solchen Vorgang wirklich gegeben haben sollte, werde ich mich sofort dafür einsetzen, dass er abgestellt wird.“

Der Tagesspiegel, 29. Juli 2006:

Die Bundeswehr will alles richtig gemacht haben – daran ändert sich auch nichts, nachdem sich Friedbert Pflüger eingeschaltet hat. ... Das knappe Ergebnis verkündete eine Sprecherin des Bundesverteidigungsministeriums: „Die Prüfung hat ergeben, dass das Verfahren nicht zu beanstanden war.“

**Frankfurter Rundschau**

Frankfurter Rundschau, 31. Juli 2006

Gegen die Diskriminierung von Lesben und Schwulen in Polen haben die Teilnehmer am Christopher Street Day demonstriert. Gäste aus dem osteuropäischen Land erlebten am Wochenende, was ihnen zu Hause verwehrt ist: Homosexuelle können sich offen zeigen.

In Polen gebe es noch wenige Organisationen, die sich für Homosexuelle einsetzen, sagte Tomasz Baczkowski, Organisator des Warschauer Christopher Street Day (CSD). ...

Baczkowski sagte, dass die Frankfurter CSD-Organisatoren ihn und weitere 50 Homosexuelle aus Polen einladen, zeige, „dass wir nicht allein gelassen werden. Es ist auch klar: Ohne den Protest aus Deutschland und anderen Ländern wäre der CSD in Warschau dieses Jahr nicht möglich gewesen.“ ... Baczkowski sagte am Samstagabend auf der Bühne an der Konstablerwache: „Hier wird ab und zu der Vorwurf laut, der CSD sei unpolitisch. In Polen wäre es unser Traum, so etwas wie hier veranstalten zu können.“ ...

Trotz der Buntheit in allen Regenbogenfarben trugen alle Demo-Teilnehmer Schilder mit der Aufschrift „Keine Diskriminierung - nirgendwo!“, dem diesjährigen CSD-Motto, mit sich. Christian Setzepfand von der Aids-Hilfe sagte, der CSD sei nach wie vor politisch. Auch in Deutschland erführen Homosexuelle noch Diskriminierung.

Auch Frankfurts Gesundheitsdezernentin Manuela Rottmann (Grüne) forderte die vollständige Gleichstellung der homosexuellen Lebenspartnerschaft mit der heterosexuellen Ehe. Staatskanzlei-Chef Stefan Grüttner (CDU) sagte, es dauere, bis „gesellschaftlicher Konsens“ in dieser Frage hergestellt sei.

Axel Blumenthal vom Lesben- und Schwulverband in Deutschland widersprach ihm scharf: „Wir brauchen keinen gesellschaftlichen Konsens, wenn es um Steuererhöhungen geht. Wir sind es leid, immer zu hören, wir bräuchten Geduld. In Spanien haben mutige Politiker die Menschen mitgezogen, das geht.“

# „Sie können sicher sein: Ich bleibe am Ball.“

Interview mit der Bundesjustizministerin Brigitte Zypries

**M**ehr als zehn Jahre lang hat der LSVD für ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz gekämpft. Als die Große Koalition im Frühsommer 2006 den Entwurf der Rot-Grünen Koalition in leicht abgeschwächter Form und unter neuem Namen zur Beratung stellte, schien ein Happy End in greifbarer Nähe. Aber die Woche zwischen der Beschlussfassung im Bundestag am 30. Juni und der Verabschiedung durch den Bundestag am 7. Juli nutzten einige CDU regierte Länder zu einer weiteren Schwächung des geplanten Diskriminierungsschutzes. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist inzwischen rechtmäßig verabschiedet und ist am 18. August in Kraft getreten. Der LSVD sprach mit Bundesministerin Brigitte Zypries über die Neuerungen des Gesetzes und die weiteren Schritte zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen.

*Respekt: Das AGG gilt für das Zivilrecht, das Arbeitsrecht und ist auf die Rechtsverhältnisse der Beamten, Richter und Zivildienstleistenden entsprechend anzuwenden. Was halten Sie davon, dass die Regierung die Grundgedanken in Zukunft auch auf andere Rechtsbereiche ausdehnt?*

Zypries: Wie Ihre Aufzählung zeigt, umfasst das AGG bereits viele, ganz wesentliche Lebensbereiche. Ich bin sehr froh, dass es uns nach langem und zähem Ringen gelungen ist, nicht nur die EU-Vorgaben umzusetzen, sondern beim Koalitionspartner auch eine sachgerechte Erweiterung des Diskriminierungsschutzes im Zivilrecht durchzusetzen. Da haben wir mehr erreicht, als mancher zu hoffen gewagt hat. Jetzt sollten wir dem Gesetz erst einmal die Chance geben, sich in der Praxis zu bewähren.

*Das neue Gesetz greift im Bereich des Mietrechtes nur, wenn der Vermieter über mehr als 50 Wohnungen verfügt. Erfahrungsgemäß sind es aber vor allem die vielen kleinen, pri-*



Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) Mitte Juli 2006 am Stand des LSVD auf dem Straßenfest am Berliner Nollendorfplatz. Mit dabei (von rechts nach links): Renate H.Rampf, Pressesprecherin des LSVD-Bundesverbandes, Constanze Körner, ilse-Berlin, Bali Saygili, Projekt Migrationsfamilien, und Bodo Mende, Landesvorstand Berlin-Brandenburg  
Foto: Burghard Mannhöfer

*vaten Vermieter, die Probleme mit Lesben und Schwulen haben. Kann man angesichts dieses Diskriminierungspotentials hier überhaupt von einer Verbesserung sprechen?*

Ja, denn man sollte die Signalwirkung nicht unterschätzen. Die unmissverständliche Botschaft dieses Gesetzes ist: Diskriminierung wegen der sexuellen Orientierung ist auch im zivilrechtlichen Bereich verboten. Allerdings mussten wir bei der Ausgestaltung des Diskriminierungsschutzes im Blick behalten, dass im Zivilrecht der Grundsatz der Privatautonomie gilt, also jeder selbst entscheiden können soll, mit wem er Geschäfte macht. Diesen Grundsatz, meine ich, sollten wir in einer freiheitlichen Gesellschaft auch so weit wie möglich aufrechterhalten. Deshalb ist der zivilrechtliche Diskriminierungsschutz auf solche Geschäfte beschränkt, bei denen es dem Vertragspartner

regelmäßig egal ist, mit wem er den Vertrag schließt – so genannte Massengeschäfte des täglichen Lebens. Weil hier Diskriminierung besonders entwürdigend ist, haben wir uns so hartnäckig für einen rechtlichen Schutz eingesetzt, obwohl das europäische Recht uns das nicht zwingend vorgab. Ein typisches Beispiel für solche Massengeschäfte ist der Shampoo-Kauf in der Drogerie oder die Vermietung eines Hotelzimmers. Anders verhält es sich, wenn es dem Vermieter einer Wohnung sehr wohl darauf ankommt, an wen er vermietet, er seine Mieter also individuell aussucht. Dann handelt es sich nicht mehr um ein Massengeschäft – egal, wie viele Wohnungen er insgesamt vermietet. Mit diesem abgestuften zivilrechtlichen Diskriminierungsschutz gilt für Schwule und Lesben übrigens gleiches Recht, wie es die europäische Richtlinie über die Gleichstellung für Männer und

Frauen vorgibt. Damit haben wir, wie ich finde, eine gute Balance zwischen Vertragsfreiheit und Diskriminierungsschutz gefunden.

*Im Arbeitsrecht ist das Diskriminierungsverbot ausgeweitet worden. Nach dem AGG sollen Lesben und Schwule in Zukunft den Schutz erhalten, der bisher gegen geschlechtsspezifische Benachteiligungen bestand. Festgeschrieben ist auch, dass der Arbeitgeber Maßnahmen zum Schutz vor Benachteiligungen treffen muss. Ist das der Einstieg in eine „Homo-Quote“ oder reicht es, dass der Arbeitgeber sich ab und zu tolerant zeigt?*

Weder noch. Das AGG verbietet in seinem arbeitsrechtlichen Teil jede Benachteiligung von Beschäftigten wegen der sexuellen Identität. Es verpflichtet den Arbeitgeber, geeignete Maßnahmen zum Schutz seiner Beschäftigten vor Benachteiligungen durch Arbeitskollegen oder Dritte zu treffen. Das heißt aber nicht, dass er eine Quote einführen muss. Ziel der neuen gesetzlichen Vorgaben ist vielmehr, für einen toleranten und diskriminierungsfreien Umgang miteinander in den Büros und Betrieben zu sorgen.

*Die römisch-katholische Kirche konnte mit dem Verweis auf den Glauben bisher ihren Angestellten kündigen, wenn diese sich verpartnern. Werden auch nach dem AGG religiöse Gefühle stärker wiegen als das Recht, das der demokratische Gesetzgeber mit der Institution für Lesben und Schwule geschaffen hat?*

Das AGG respektiert das Recht der Kirchen, über Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten grundsätzlich selbst zu entscheiden. Dieses Recht ist verfassungsrechtlich verbürgt, gilt aber natürlich nicht schrankenlos. Wie das Spannungsverhältnis zwischen dem kirchlichen Selbstbestimmungsrecht und dem Diskriminierungsverbot wegen der sexuellen Identität aufzulösen ist, werden im konkreten Einzelfall die Arbeitsgerichte zu entscheiden haben.

*Der Entwurf der vorigen Regierungskoalition sah vor, dass die Betroffenen sechs Monate Zeit haben, um ihren Anspruch gelten zu machen. Die Frist ist*



**Bundesjustizministerin Brigitte Zypries im Gespräch mit LSVD-Pressesprecherin Renate H. Rampf beim Berliner Stadtfest, Juli 2006**  
Fotos: Burghard Mannhöfer

*auf zwei Monate gekürzt worden. Wie kann eine von Diskriminierung betroffene Person in so kurzer Zeit das Erlebte verarbeiten, als Diskriminierung bewerten, sich über ihre Rechte informieren, die Finanzierbarkeit einer Klage prüfen, Termine bei kompetenten Anwälten finden usw.?*

Die Frist von zwei Monaten bezieht sich allein auf die erste schriftliche Geltendmachung gegenüber dem Arbeitgeber oder dem Anbieter einer Ware oder Dienstleistung im allgemeinen Zivilrecht. Die Entscheidung, ob letztlich Klage erhoben wird, steht also zu diesem Zeitpunkt noch nicht an. Ich hätte mir auch eine längere Frist gut vorstellen können, halte die zwei Monate aber für vertretbar. Der geltende § 611a BGB, der vergleichbare Rechte für geschlechtsbezogene Benachteiligung im Arbeitsrecht einräumt, sieht ebenfalls eine Zwei-Monatsfrist vor. Und meines Wissens hat das bislang nicht zu Schwierigkeiten bei der Rechtsdurchsetzung geführt.

*Wird die Bundesregierung nach der Beendigung des Gesetzgebungsverfahrens für das AGG die zögerliche Haltung zur Verabschiedung des 12. Protokolls, also das Nicht-Diskriminierungsgebot der Europäischen Menschenrechtskonvention überdenken?*

Die Gründe, aus denen die Bundesregierung das 12. Protokoll zur EMRK bisher nicht ratifiziert hat, haben mit dem AGG nichts zu tun. Es gibt Bedenken hinsichtlich möglicher Konsequenzen vor allem im Sozial-, Asyl- und Ausländerrecht, die von vielen anderen Europaratsstaaten – etwa Schweden, der Schweiz und Frankreich – geteilt werden. Die Bundesregierung wird auch nach Inkrafttreten des AGG zunächst bei ihrer abwartenden Haltung zum 12. Protokoll bleiben.

*Die Bayerische Staatskanzlei hat Mitte 2005 die Klage gegen die Stiefkindadoption vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht (AZ 1BvF3/05). Wie bewerten Sie diese Klage?*

Bislang hat das Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung noch nicht um eine Stellungnahme zu dem Normenkontrollantrag gebeten und den Antrag auch noch nicht übersandt. Da die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes selbstverständlich im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens geprüft wurde, gehe ich davon aus, dass der Antrag erfolglos bleiben wird.

*Das Europäische Übereinkommen über die Adoption von Kindern steht 2006 zur Überarbeitung an. Sie haben versprochen, sich für eine Öffnungsklausel einzusetzen, die es erlauben würde, die Volladoption für gleichgeschlechtliche Paare in Deutschland einzuführen. Haben Sie in der Bundesregierung oder auf europäischer Ebene Verbündete für dieses Vorhaben?*

Ein erster Entwurf der mit der Überarbeitung befassten Arbeitsgruppe liegt vor. Er stellt es den Staaten frei, die gemeinsame Adoption durch Paare gleichen Geschlechts zuzulassen. Ich gehe davon aus, dass die im Europarat vertretenen Staaten, die eine Regelung für gleichgeschlechtliche Partnerschaften getroffen haben, diese Formulierung unterstützen werden. Von den in dieser Beziehung skeptischen Staaten erwarte ich nicht, dass hier ein „Kulturkampf“ begonnen wird, da niemand zu etwas gezwungen wird.

*Es gibt erheblichen Regelungsbedarf zur weiteren Gleichstellung der Lebenspartnerschaften mit der Ehe. Inzwischen hat die Union im Bundestag durch ihre Berichterstatterin Ute Granold MdB erstmalig Gesprächsbereitschaft für Anerkennung im Steuerrecht signalisiert.*

Leider scheint Frau Granold nicht unbedingt die Mehrheit der Unionsfraktion hinter sich zu haben. Ich halte es nicht für einen Zufall, dass gerade jetzt die Presse im Einzelnen über den Inhalt des erwähnten Normenkontrollantrags informiert wird. Sie können sicher sein: Ich bleibe am Ball.

*Die Fragen stellte Renate H. Rampf, Pressesprecherin des LSVD*

# Erfolg beim AGG

KOMMENTAR VON GÜNTER DWOREK

**D**as Antidiskriminierungsgesetz ist nun also in Kraft getreten. Es wurde auch Zeit. Bereits 1979 hatten Schwule und Lesben hierzulande einen ersten ausformulierten Entwurf für ein „ADG“ präsentiert. Ein Vierteljahrhundert hat die Realisierung gebraucht.

Das nun verabschiedete „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG) lässt viel zu wünschen übrig: Beim kirchlichen Arbeitsrecht wurde der durchaus vorhandene rechtliche Spielraum nicht genutzt, katholischen Einrichtungen die eklatante Diskriminierung von Lebenspartnern zumindest zu erschweren. In letzter Minute hat die Große Koalition das Gesetz zudem an einigen Stellen noch weiter abgeschwächt. Der Diskriminierungsschutz im Mietrecht wurde stark verwässert, Möglichkeiten von Verbänden, Betroffene zu unterstützen, wurden beschnitten. Mehr als zweifelhaft ist, ob die Sanktionen wirklich „abschreckend“ sind, wie das die EU-Richtlinien gegen Diskriminierung fordern.

Diese zwischen 2000 und 2004 erlassenen EU-Richtlinien haben das Gesetz überhaupt erst möglich gemacht, hatten aber einen problematischen Webfehler: Sie machen asymmetrische Vorgaben zu unterschiedlichen Diskriminierungsgründen. Hätte man die EU-Richtlinien eins zu eins umgesetzt, wären Lesben und Schwule z.B. im allgemeinen Zivilrecht, beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, außen vor geblieben.

Es ist ein großer Erfolg des LSVD, das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität über die Ziellinie gerettet zu haben. Das ist keine kleine Sache angesichts der massiven medialen Desinformationskampagnen und angesichts des wütenden Widerstandes der Wirtschaftslobby und starker politischer Kräfte bis hin zur FDP.

Klar, man muss Antidiskriminierungsgesetze nicht sexy finden. Es ist keine wirklich sympathie-trächtige Materie. Natürlich wäre es viel schöner, wenn sich Gerechtigkeit und Respekt von selbst einstellen würden. So ist die Welt aber nicht gestrickt. Benachteiligungen im Versicherungswesen oder Mobbing am Arbeitsplatz sind immer noch ein großes Problem. Trotz aller Abstriche bringt das Gesetz hier deutliche Fortschritte beim Diskriminierungsschutz.

Das AGG hat gewisse Ähnlichkeiten mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz. In der Sache durchaus unzureichend ausgestattet, verbessert es doch unsere Position beim weiteren Ringen um Gleichberechtigung. Das AGG markiert nicht das Ende der Partie. Aber die Karten sind neu gemischt und wir haben ein paar Trümpfe mehr im Blatt.

# Eine lesbisch-schwule Erfolgsgeschichte?

## 5 Jahre Lebenspartnerschaftsgesetz

Am ersten August ist das Lebenspartnerschaftsgesetz fünf Jahre alt geworden. Viele meinen, dieses Jubiläum sei kein Anlass zur Freude, weil inzwischen die meisten westeuropäischen Staaten einschließlich Großbritannien, der Schweiz, Tschechien und Slowenien weitergehende rechtliche Regelungen haben. In Spanien, Belgien, Niederlande, Kanada und im US-Bundesstaat Massachusetts gibt es die Ehe für Homosexuelle. In Südafrika wird sie dieses Jahr voraussichtlich eingeführt. Deutschland läuft wieder Gefahr, gesellschaftspolitisch hinterher zu hinken.

Wir meinen: Das Lebenspartnerschaftsgesetz ist trotzdem eine Erfolgsgeschichte angesichts der besonders schlechten Ausgangsbedingungen, die wir hatten.

In den USA wird zur Zeit darüber gestritten, ob das Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen in die Verfassung übernommen werden soll. Bei uns steht es längst im Grundgesetz. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts verbietet Art. 6 Abs. 1 GG die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule. Trotzdem hat das Bundesverfassungsgericht durch sein Urteil vom 17.07.2002 zum Lebenspartnerschaftsgesetz bekräftigt, dass Lesben und Schwule keine Bürger zweiter Klasse sind und dass deshalb der Gesetzgeber für die Lebenspartnerschaft Rechte und Pflichten vorsehen darf, die denen der Ehe gleich oder nahe kommen.

Das hat die CDU/CSU mit Hilfe ihrer Mehrheit im Bundesrat zu verhindern versucht. Dennoch ist es in den letzten fünf Jahren gelungen, das Lebenspartnerschaftsrecht so zu verbessern, dass Lebenspartner jetzt zivil- und arbeitsrechtlich, in der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung sowie im Ausländerrecht völlig mit Ehegatten gleichgestellt sind. Im Zivilrecht fehlt nur noch die gemeinschaftliche Adoption. Die „Stiefkindadoption“ leiblicher Kinder hat die CDU/CSU nicht verhindern können. Bayern hat zwar dagegen im vergangenen Jahr beim Bundesverfassungsgericht eine Normenkontrollklage eingereicht, das Gericht hat die Klage den Beteiligten aber noch immer nicht zur Stellungnahme übersandt. Offenbar sieht das Bundesverfassungsgericht die Klage als Zumutung an.

Richtig ist, dass Lebenspartner wegen des Widerstands der CDU/CSU zwar dieselben Pflichten wie Eheleute haben, aber nicht dieselben Rechte. Lebenspartner müssen genauso für einander ein-

stehen wie Ehegatten und entlasten dadurch den Staat bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende, im Alter und bei Erwerbsminderung sowie bei der Hilfe zum Lebensunterhalt. Sie werden aber bei der Einkommen- und Erbschaftsteuer noch immer wie Fremde behandelt. Verpartnerte Beamte erhalten keinen Familienzuschlag und für ihre Partner keine Hinterbliebenenpension und keine Beihilfe.

Ähnlich verhält es sich mit dem Recht der Bundesländer. Nur die Länder Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben Lebenspartner in ihrem Landesrecht völlig mit Ehegatten gleichgestellt. In den anderen Bundesländern ist dies nur punktuell und nur bei belastenden Regelungen geschehen.

Sichere Zahlen, wie viele Lesben und Schwule in den letzten fünf Jahren eine Lebenspartnerschaft begründet haben und wie viele Lebenspartnerschaften inzwischen wieder aufgehoben worden sind, gibt es nicht. Die letzten uns bekannten Zahlen stammen von Ende 2004. Eine Umfrage der „Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule Juristen“ bei den Innenministerien der Länder hat damals ergeben, dass zum Ende des Jahres 2004 von 12.500 bis 14.000 Lebenspartnerschaften auszugehen war. Wenn man diese Zahlen hochrechnet, kommt man auf rund 16.000 bis 19.000 Paare. Es können aber auch weniger oder mehr sein.

Diese Unsicherheit beruht auf der Blockadepolitik der CDU/CSU, die nach wie vor aus ideologischen Gründen eine Eingliederung der Lebenspartner in das Personenstandsrecht (Standesamt) ablehnt und die andererseits in den von ihr dominierten Bundesländern nicht dafür gesorgt hat, dass die dort begründeten Lebenspartnerschaften einwandfrei erfasst werden. Das bringt auch viele praktische Probleme. Z.B. können Nachlassrichter, die einen Erbschein ausstellen müssen, zur Zeit nicht sicher feststellen, ob die Lebenspartnerschaft des Verstorbenen vor seinem Tod wieder aufgelöst worden ist.

Trotzdem: Das Gesetz hat einen Schub für die Akzeptanz von Lesben und Schwulen in der Gesellschaft gebracht. Viele Rechtsprobleme, beispielsweise die der binationalen Lebensgemeinschaften, wurden gelöst. Die restlichen werden wir auch noch lösen, wenn ihr uns dabei unterstützt.

**Manfred Bruns**



## Acht Jahre Aufklärung und Selbsthilfe

ERMIS - ein Beispiel für lesbisch-schwule Integrationsarbeit

VON NIKOS DELVEROUDIS, ERMIS KÖLN/NRW

Seit acht Jahren arbeitet ERMIS nun schon im LSVD als Vertretung der Interessen von lesbischen und schwulen griechischen Migranten in Deutschland. Von Anfang an war geplant, dass der Verband als Anlaufstelle für die Aufklärung über die spezifischen Probleme Homosexueller mit Migrationshintergrund fungiert. Zugleich sollte er den betroffenen Personen eine Hilfestellung bei den in ihrem privaten und beruflichen Leben auftauchenden Problemen anbieten können und darüber hinaus einen Beitrag zur Freizeitgestaltung leisten. Damit war unter anderem beabsichtigt, die Gemeinschaft zwischen den einzelnen Gruppen zu stärken, so dass sie auch gemeinsam im LSVD ihre Interessen vertreten und mit dem Verband zusammen handeln.

In all den genannten Bereichen hat ERMIS seither sehr viele Erfolge erzielt. Aus der „Mitgliedschaft“ beim LSVD hat sich ein fruchtbarer Austausch entwickelt. ERMIS trat mit Vorschlägen und Initiativen an den LSVD heran und unterstützte diesen zugleich aktiv bei der Verbandsarbeit. So wurde aus der Mitgliedschaft eine Partnerschaft, die bewirkte, dass nun einige Mitglieder von ERMIS als Vorstände in den Landes- und Ortsverbänden des LSVD in ganz Deutschland mitarbeiten.

### In welchen Bereichen arbeitet ERMIS und wie sehen die konkreten Erfolge aus?

Die Schwerpunkte der Arbeit von ERMIS im Bereich der Aufklärung liegen im politischen und im sozialen Bereich. Hier trägt der Verband vor allem dazu bei, die griechische Politik zu beeinflussen, indem er bei öffentlichen Gelegenheiten in Deutschland oder im Ausland den Kontakt zu Parteipolitikern herstellt und versucht, diese für die Verbandsinteressen zu sensibilisieren. Zum Beispiel hat ERMIS beim Besuch des grie-

chischen Staatssekretärs für die auswärtigen Angelegenheiten im Jahr 2005 im Rahmen einer Pressekonferenz eine Anfrage gestellt, inwieweit die griechische Regierung plant, ein Gesetz zur eingetragenen Lebenspartnerschaft auf den Weg zu bringen, wie es in den meisten anderen europäischen Ländern existiert. In diesem Jahr ist im griechischen Parlament erstmals eine Gesetzesinitiative vorgelegt worden, welche die Lebenspartnerschaft zum Gegenstand hat. Diese Initiative hat ERMIS aktiv unterstützt. Ähnlich agiert der Verband im Inland. So hat die Pressesprecherin von ERMIS Köln/NRW erst kürzlich im nordrhein-westfälischen Landtag eine Rede über die Arbeit des Verbands gehalten, um über die Ziele von ERMIS zu informieren.

Auch im sozialen Bereich leistet ERMIS Aufklärungsarbeit. Hierwendetsich die Gemeinschaft vor allem den privaten Problemen Betroffener zu. Dabei richtet sich die Aufklärungsarbeit oftmals an Familienangehörige oder Freunde, die aufgrund des etwas konservativeren Wertesystems in Konflikte geraten, wenn sie von der Homosexualität ihrer Kinder oder Freunde erfahren. Zugleich setzt hier auch die Hilfeleistung an, die ERMIS den Betroffenen anbietet, zum Beispiel in Form von Beratungsgesprächen oder anderen Betreuungsleistungen.

Ein weiteres Anliegen von ERMIS ist die gemeinsame Freizeitgestaltung. Seit einigen Jahren organisiert ERMIS bundesweit Kennenlernetreffen, bei denen die Mitglieder sich wechselseitig informieren können und sich über gemeinsame Interessen austauschen. In verschiedenen Städten in Deutschland organisiert ERMIS zudem immer wieder griechische Partys, Grillfeste, Tanzveranstaltungen usw. Es hat sich herausgestellt, dass diese informellen Treffen sehr stark dazu beitragen, das Selbstbewusstsein

einzelner zu stärken und ihnen zu helfen, sich gegenüber den Herausforderungen der Gesellschaft besser zu behaupten. In diesem Sinne ist ERMIS eine Gemeinschaft, die nicht nur die Integration fördert, sondern zugleich Lebensentwürfe festigt, nach denen sich einzelne zwar gesehnt haben, die aber früher oft an den vorhandenen sozialen Zwängen der Herkunftsgesellschaft gescheitert sind. Nun ist unsere Hoffnung, dass ERMIS dazu beiträgt in Deutschland und in Griechenland eine gemeinsame Werteordnung zu errichten, für die auch respekt! streitet.



### Neue russische Gruppe

Die Migrantengruppen haben in NRW erfreulicherweise Zuwachs erhalten: SOYUZ ist eine neue Gruppe schwuler und lesbischer Russen und Russinnen beim LSVD in Köln. Eine Kontaktaufnahme ist über [soyuz@lsvd.de](mailto:soyuz@lsvd.de) oder über die LSVD Geschäftsstelle in Köln möglich.



# Durch Bildung zur Integration?

Einbürgerungskurse sollen Weg in die deutsche Gesellschaft erleichtern - aber wie?

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Integrationsdebatte bleibt ein Dauerbrenner. Auf dem Meinungsmarkt sind vernünftige wie absurde Vorschläge in großer Stückzahl im Angebot. Ein positives Element könnten die in Planung befindlichen bundeseinheitlichen Standards für Einbürgerungskurse werden, wenn es denn gelingt, dafür ein vernünftiges Konzept zu entwickeln.

Die Innenministerkonferenz hat sich im Mai auf dieses Instrument verständigt. Vermittelt werden sollen Grundsätze der Verfassung sowie staatsbürgerliches Grundwissen. Kenntnisse müssen unter anderem in den Bereichen Demokratie, Rechts- und Sozialstaat, Gleichberechtigung von Mann und Frau und Grundrechte erworben werden.

So weit so gut. Aber was heißt das konkret? Zu den Grundwerten der Verfassung gehört ganz zentral der Respekt für unterschiedliche Lebensweisen. Art. 2 des Grundgesetzes garantiert die freie Entfaltung der Persönlichkeit, damit auch das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, Lesben und Schwulen. Deshalb muss der Respekt für unterschiedliche Lebensweisen sowie die Lebensrealität von Lesben und Schwulen ein integraler Bestandteil der Einbürgerungs- und Integrationskurse werden. Mit dieser Forderung haben wir uns an die Innenminister von Bund und Ländern gewandt und gleichzeitig unsere Unterstützung angeboten. Einige Reaktionen waren absolut nichts sagend, andere dagegen durchaus ermutigend. Das wird noch spannend.

Dass die Belange von Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund ein wichtiges Thema im Integrationsdiskurs sind, ist freilich noch nicht überall angekommen. So waren Lesben- und Schwulenorganisationen im Juli 2006 beim Integrationsgipfel der neuen Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, nicht vertreten.

Dabei können wir mittlerweile eine Menge Erfahrung einbringen. So hat das vom Bundesfamilienministerium unterstützte LSVD-Projekt *Homosexualität als Thema in Migrationsfamilien* in Zusammenarbeit mit privaten und öffentlichen Trägern von Orientierungskursen, Unterrichtsmodule zur Minderheitenproblematik und Homosexualität entwickelt und erfolgreich erprobt.

Die Diskussionen in den Veranstaltungen zur Aufklärung und Sensibilisierung von Eltern und Multiplikatoren sind zum Teil sehr heftig. Die Teilnehmenden äußern nicht nur Vorurteile und Klischees, sondern auch stark ablehnende und homosexuellenfeindliche Auffassungen bis hin zu Hass. Wir haben aber auch die Erfahrung gemacht, dass sich in den Gruppen immer auch Personen finden, die sich für den Respekt gegenüber Lesben und Schwulen aussprechen. Das ist für die Nachhaltigkeit der Sensibilisierung weitaus wirksamer als jede „pädagogische“ Intervention von außen.

Mit dem Migrationsfamilienprojekt bewegt sich der LSVD auf spannendem Neuland. Vielleicht ergeben sich daraus am Ende über den Migrationsbereich hinaus interessante Perspektiven für das weitgehend vernachlässigte Feld der Erwachsenenbildung in Bezug auf Homosexualität und Respekt.

**Günter Dworek**



# Vor Verführungen wird gewarnt

Antischwule Profilierung im Bundesverteidigungsministerium

VON RENATE H. RAMPF

Viele Jahre stand das Hotel Heinzelmännchen in Köln auf der Liste der Unterkünfte für Angehörige der Bundeswehr. Entsprechend häufig wurde es von Stabsunteroffizieren oder Feldwebeln auf ihren Dienstreisen genutzt. Der kleine Familienbetrieb sorgte für gute Atmosphäre und Service. Größere Beschwerden gab es nie. Etwa im Februar des Jahres bemerkt die Inhaberin, dass die Zahl der Buchungen von Soldaten deutlich zurückging. „Ich vermutete den Fehler erst bei uns“, erinnert sich Frau Schmahl. Um diese zu erfahren und zu beheben, habe sie bei der Wehrbereichsverwaltung angerufen. Aber nicht etwa Ausstattung oder Service waren das Problem, sondern die Lage des Hotels.

Einige Staatsbürger in Uniform hatten sich darüber beklagt, dass sie auf Grund der geringen Parkplätze in der Nähe auf dem Weg zum Hotel an einer Schwulenbar vorbei mussten. Anlass genug für die Wehrbereichsverwaltung das Hotel Heinzelmännchen von der Liste zu streichen. Frau Schmahl ist entsetzt. Auch wenn ihr Hotel durch den Boykott der Bundeswehr nicht existentiell bedroht ist, will sie sich das nicht gefallen lassen. „Ich kann nicht glauben, dass so etwas heute noch gesagt werden darf.“ Sie nutzt ihre demokratischen Rechte und legt Beschwerde beim Petitionsausschuss ein. Aber das Antwortschreiben des Verteidigungs-

ministeriums gibt ihr dieselbe Antwort: „Negative Auswirkungen auf das Ansehen der Bundeswehr sollen so vermieden werden.“ Es sei nicht zumutbar, wenn sich die von der Bundeswehr gebuchten Übernachtungshotels in einem Viertel befänden, „das der homosexuellen Szene zuzuordnen“ sei, noch dazu in der Nähe „einschlägiger Lokale“. Das Hotel Heinzelmännchen kommt für die Bundeswehr nicht mehr in Frage. Was kann getan werden?

Für den LSVD Rechtsexperten Manfred Bruns ist der Vorgang ein „Ausschluss von gleichwertigen Mitbewerbern aus unsachlichen Gründen (Häufung von Schwulenlokalen in der Nachbarschaft) und damit ein Verstoß gegen den allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. 3 Abs. 1 GG, an den auch die Bundeswehr gebunden ist. Der Einwand, man wolle verhindern, dass die Bundeswehr in den Anschein einer Armee von ‚Schwulen‘ gerate, ist abwegig, da die Bundeswehr aufgrund des Europäischen Rechts schwule Soldaten nicht mehr benachteiligen darf und dies jetzt auch durch das Gleichstellungsgesetz für Soldaten gesetzlich vorgeschrieben ist.“

Eine Sprecherin des Bundesverteidigungsministeriums weist das Motiv der Schwulenfeindlichkeit zurück: Homosexuelle seien in der Truppe integriert. Die sexuelle Neigung spiele grundsätzlich keine

Rolle. Es ginge vielmehr darum, Unterkünfte zu meiden, die in der Nähe des Rotlichtmilieus lägen. Diese Position vertritt auch der Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung und Berliner CDU-Spitzenkandidat



Renate H. Rampf, Pressesprecherin des LSVD

Friedbert Pflüger. Für ihn ist das kein Fall für das AGG, sondern eine Frage der Fürsorgepflicht gegenüber den Soldaten. Hotels, in deren Umgebung „Anbahnungsversuche, Drogenhandel und Begleitkriminalität anzutreffen sein könnten“, dürften nicht auf die Liste. Kann man angesichts der vielfältigen Bedrohungen den Soldaten überhaupt noch erlauben in Großstädte zu reisen? Die Bahnhöfe sind längst zu Drogenumschlagplätzen geworden. Beschauliche Touristenstraßen wandeln sich mit der Dämmerung in einen „Babystrich“. Beschaffungskriminalität gibt es in fast jedem Stadtteil. Wäre da nicht vielleicht das Heinzelmännchen doch die bessere Alternative?

## Verschärfungen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende

VON MANFRED BRUNS



Manfred Bruns, Bundesvorstand des LSVD

Beim Arbeitslosengeld II wird bei der Prüfung der Hilfebedürftigkeit eines Antragstellers auch das Einkommenseines Partners berücksichtigt, wenn die beiden eine „Bedarfsgemeinschaft“ bilden. Als

Bedarfsgemeinschaften galten bisher nur Ehegatten, Lebenspartner und eheähnliche Lebensgefährten, nicht dagegen auch gleichgeschlechtliche Lebensgefährten.

Das hat sich zum 01.08.2006 geändert. Seitdem gehören auch solche Personen zur Bedarfsgemeinschaft, die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenleben, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen. Das wird vermutet, wenn Partner

1. länger als ein Jahr zusammenleben,
2. mit einem gemeinsamen Kind zusammenleben,
3. Kinder oder Angehörige im Haushalt versorgen oder
4. befugt sind, über Einkommen oder Vermögen des anderen zu verfügen.

Nicht verpartnerte Lesben und Schwule, die zusammenwohnen, sollten deshalb unbedingt Folgendes beachten:

Die Bank- und Sparkonten müssen unbedingt getrennt bleiben.

Die Lebensgefährten dürfen nicht befugt sein, über die Konten des anderen zu verfügen, also keine Bankvollmacht für das Konto des anderen.

Die Lebensgefährten sollten in einer schriftlichen Vereinbarung festlegen, in welcher Höhe jeder von ihnen Beiträge zu den Kosten des Haushalts und der Wohnung leisten muss, und dass, wenn einer von ihnen diese Leistungen vorübergehend nicht aufbringen kann, der andere ihm nur vorschussweise aushilft (siehe unser Muster für Lebensgefährten: <http://www.typo3.lsvd.de/563.0.html>).

Zusammenwohnende Lesben- und Schwule, die bisher noch nicht so verfahren sind, sollten ihre lebenspartnerschaftsähnliche Gemeinschaft „auflösen“ und festlegen, dass ab sofort nur noch jeder für sich selbst einzustehen hat. Gleichzeitig sollten sie ihre Bank- und Sparkonten auseinandertrennen, die Bankvollmachten widerrufen und eine Vereinbarung nach unserem Muster abschließen.

Nicht betroffen von der Neuregelung sind Paare, die nicht zusammen wohnen.

Verschärfungen gibt es außerdem für Eltern, die mit unverheirateten Kindern in einem Haushalt zusammenwohnen. Bisher galten nur Ehegatten, Lebenspartner, eheähnliche Partner und ihre gemeinschaftlichen Kinder als Bedarfsgemeinschaft, nicht dagegen auch gleichgeschlechtliche Partner und ihre Kinder. Aufgrund der Neuregelung bilden nun auch zusammenwohnende gleichgeschlechtliche Lebensgefährten und ihre Kinder eine Bedarfsgemeinschaft. Außerdem ist § 9 Abs. 2 Satz 2 SGB II so ergänzt worden, dass sich hilfebedürftige Kinder, die mit einem Eltern- und Stiefelternanteil zusammenwohnen, in Zukunft nicht nur das Einkommen und Vermögen ihrer leiblichen oder Adoptiveltern anrechnen lassen müssen, sondern auch das Einkommen und Vermögen ihrer Stiefeltern. Das war bisher nach der Rechtsprechung der Sozialgerichte nicht der Fall.

In Zukunft müssen sich deshalb hilfebedürftige Stiefkinder das Einkommen und Vermögen ihrer Stiefeltern selbst dann anrechnen lassen, wenn diese tatsächlich nichts zu ihrem Unterhalt beitragen, wozu sie ja auch nicht verpflichtet sind.

Während aber zusammenwohnende Lebensgefährten ihre Lebensgemeinschaften durch entsprechende Erklärungen jederzeit beenden können, ohne dass sie sich trennen müssen, ist das bei der neuen Bedarfsgemeinschaft zwischen Stiefeltern und Stiefkindern nicht möglich. Das ist nach unserer Auffassung eine unvermeidbare Einsparungsmaßnahme auf Kosten der Kinder. Dass die Bedarfsgemeinschaften von Lebensgefährten einerseits (jederzeit auflösbar) und von Stiefeltern und Stiefkindern andererseits (nie auflösbar) so unterschiedlich behandelt werden, verstößt gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 GG).

## Erziehung oder Toleranz?

Ein Bündnis für Erziehung rief Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyern ins Leben – gemeinsam mit den Kirchen. Für Regenbogenfamilien wirkt sich, so Manfred Bruns, Sprecher des LSVD, das Wirken der Kirchen allerdings eher negativ aus: Erziehung zu Toleranz ist von ihnen weniger zu erwarten. Einzelne Gliedkirchen der Evangelischen Kirche „bestrafen“ von ihnen beschäftigte Lebenspartner durch einen geringeren Lohn als Ehegatten. Die römisch-katholische Kirche lässt keine Gelegenheit ungenutzt, um Lesben und Schwule auszugrenzen. Das geht soweit, dass sie selbst Gottesdienste von Lesben und Schwulen verbietet. Beschäftigte, die eine Lebenspartnerschaft eingehen, werden entlassen.

Die Bundesfamilienministerin hat angekündigt, dass sie auch andere Religionsgemeinschaften, Organisationen und Verbände in die Gespräche einbeziehen will. Der LSVD forderte sie auf, dabei auch die Lesben und Schwulen einzubeziehen.

## Tschechien vorn in Osteuropa

Im März verabschiedete das tschechische Parlament endgültig ein Gesetz zur Anerkennung eingetragener Lebenspartnerschaften. Nach dem Veto des Präsidenten Václav Klaus war dafür die absolute Mehrheit der Mandate erforderlich, die exakt erreicht wurde.

## Neuer ILGA-Generalsekretär

Auf der 23. Weltkonferenz der Internationalen Lesben- und Schwulenvereinigung (ILGA Welt) wurde im April Philipp Braun, der dem LSVD-Bundesvorstand angehört, mit großer Mehrheit in den Vorstand des Weltverbandes gewählt. Als einer von zwei Generalsekretären wird er zwei Jahre lang die Politik der homosexuellen Weltorganisation leiten.

Braun, wird die Akkreditierung lesbisch-schwuler Organisationen bei den Vereinten Nationen vorantreiben. Auch die intensive Zusammenarbeit mit Menschenrechtsorganisationen wird sein Aufgabenbereich sein.

## Vereinszeitschrift beschlagnahmt

Unter dem Vorwand gegen türkische Sitten zu verstoßen, wurden alle Exemplare der Sommerausgabe der Zeitschrift des Vereins Kaos-GI durch einen Beschluss der Generalstaatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Die Herausgeber hatten in dieser Ausgabe Pornographie im Allgemeinen thematisiert. In dem Beschluss der Staatsanwaltschaft kommt die Meinung zum Ausdruck, dass das türkische Sittenempfinden geschützt werden müsse.

Das Gründungsmitglied des Vereins Ali Erol kann der Entscheidung nicht folgen, da in dieser Ausgabe keine Pornographie dargestellt wurde. Weiter führt er aus, dass selbst in der türkischen Tagespresse nackte Menschen abgebildet werden und diese Zeitungen und auch Zeitschriften nicht beschlagnahmt werden. Die Aktion der Generalstaatsanwaltschaft zielt vornehmlich darauf ab, Schwule und Lesben zu diskriminieren.



## gay solidarność

In Polen und anderen Staaten Osteuropas findet eine scharfe Auseinandersetzung um die Bürgerrechte von Lesben und Schwulen statt. Polens neuer Präsident Lech Kaczyński heizt seit Jahren Hass auf Lesben und Schwule an – durch Diffamierung, Ausgrenzung und durch Verbot öffentlicher Aktionen.

Unterstütze auch Du schwul-lesbische Bürgerrechtsorganisationen in Osteuropa in ihrem Kampf um Respekt für Lesben und Schwule.

Überweise Deine Spende an das  
Sonderkonto des LSVD – Stichwort Gay Solidarność  
Konto 1212 Bank für Sozialwirtschaft BLZ 37020500

Aktuelles, Unterstützer und Termine:  
[www.gaysolidarnosc.org](http://www.gaysolidarnosc.org)



# Selbstmordgedanken und Antidepressiva

## Homosexuelle Flüchtlinge aus dem Iran und Asyl in Deutschland

VON KLAUS JETZ

**A**m 19. Juli 2005 wurden in der nordiranischen Stadt Mashhad zwei junge Homosexuelle hingerichtet. Die Nachricht und die Bilder lösten weltweit Entsetzen aus. Einen Tag zuvor war der abgelehnte iranische Asylbewerber André Aragoli auf dem Frankfurter Standesamt verhaftet worden, als er mit seinem Partner die Lebenspartnerschaft begründen wollte. Er wurde in Abschiebehäft genommen und erst nach massiven Protesten auch des LSVD wieder freigelassen.

### Persian Gay and Lesbian Organisation

Kürzlich haben sich in Deutschland lebende homosexuelle Männer und Frauen aus dem Iran organisiert. Im April 2006 nahm die deutsche Niederlassung der Persian Gay and Lesbian Organisation (PGLO) in Frankfurt/M. ihre Arbeit auf. Das Hauptziel der PGLO, so Schahroch Reisi, Vertreter der PGLO in Deutschland, bestehe darin, für die Emanzipation, für die Grundrechte der iranischen Homosexuellen weltweit zu kämpfen. „Wir arbeiten völlig unabhängig, identifizieren uns mit keiner politischen Partei oder mit religiösen Ideologien.“ Die PGLO ist seit drei Jahren aktiv, jetzt also auch in Deutschland. Der Hauptsitz der Organisation liegt im kanadischen Toronto. Die PGLO stehe in engem Kontakt mit Human Rights Watch und mit anderen befreundeten Organisationen wie dem LSVD und der ILGA. Weltweit zähle die PGLO rund 4.000 Mitglieder. Der LSVD nahm das Angebot von Schahroch Reisi gerne an, mit der iranischen Exilorganisation zusammenzuarbeiten. Außer der gegenseitigen Mitgliedschaft gab es bereits erste gemeinsame Aktionen, z. B. mit dem LSVD Hessen während des Frankfurter CSD.

### Problem Aufenthaltsrecht

Wir nutzten die Gelegenheit auch, um mit Schahroch Reisi, der seit über vier Jahren als Flüchtling in Deutschland lebt, über seine persönliche Situation als schwuler Iraner in Deutschland und über Lesben und Schwule im Iran zu sprechen. Schahroch Reisi wartet als abgelehnter Asylbewerber noch immer, wie er sagt, „auf ein menschenwürdiges Bleiberecht“ in Deutschland. Er ist 29 Jahre jung und hat als schwuler Mann im Iran schlimme Erfahrungen durchgemacht. Undenkbar, im Mullahstaat ein offenes Leben zu führen. Auch gegenüber seiner Familie konnte

er sich nie outen. „Ich habe mich im Iran immer einsam und unglücklich gefühlt. Meine einzige Zuflucht war die Welt der Kunst.“ Schahroch Reisi war an der Filmkunstschule, er hat selbst einige Kurzfilme gedreht und er liebt das moderne Kino und die westliche Literatur. Doch den unverkrampften Umgang mit seinem Schwulsein, sein Coming Out hat er erst hier in Deutschland erlernt und durchlebt. Seitdem arbeitet er mit der PGLO zusammen und ist Chefredakteur von „Cheragh“, der wohl einzigen iranischen online Zeitschrift für Lesben und Schwule (<http://www.pglo.net/persian/cheragh/index.htm>).

Als abgelehnter Asylbewerber hat Schahroch Reisi Probleme mit seinem Aufenthaltsrecht. „Ich bin einer von vielen iranischen Schwulen, die in Deutschland unter der Missachtung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge leiden. Im letzten Brief, den ich vom Bundesamt erhalten habe, steht, dass sie nicht sicher seien, ob ich schwul bin oder nicht. Wenn ich aber schwul wäre, hätte ich ein Recht auf die Aufenthaltserlaubnis.“

### Flüchtlingsorganisationen und BAMF

Pro Asyl und Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) forderten zum diesjährigen Berliner CSD deutliche Verbesserungen beim Asylrecht für Homosexuelle. Sie kritisierten, dass Asylsuchende in der Regel eine „irreversible Veranlagung“ nachweisen müssten. Zudem müssten sie nachweisen, dass eine Verfolgung von staatlichen Stellen ausginge, was für viele Flüchtlinge eine unüberwindbare Hürde darstelle. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg erklärte uns auf Anfrage: „Grundsätzlich gewährt das Bundesamt Schutz vor politischer Verfolgung unabhängig vom jeweiligen Herkunftsland für die Personen, die nicht

in ihren Herkunftsstaat zurückkehren können, weil dort ihr Leben oder ihre Freiheit wegen ihrer Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung bedroht ist.“ Verfolgte Homosexuelle könnten zu einer sozialen Gruppe gerechnet werden. Eine Verfolgung müsse zudem „zielgerichtet“ stattfinden und „mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit und landesweit“ drohen. Auch sei es so, dass zwar die „Homosexualität zwischen Männern im Iran im Prinzip strafrechtlich verfolgt (werde), jedoch nicht die Neigung als solche, sondern die erkennbare Durchführung homosexueller Handlungen.“

Im vergangenen Jahr hatte der LSVD dem Präsidenten des BAMF geschrieben, dass das Bundesverwaltungsgericht bereits 1988 diese These zurückgewiesen und den allgemeinen Erfahrungssatz gebilligt habe, dass sich weder hetero- noch homosexuelle Menschen auf Dauer jedweder sexuellen Betätigung enthalten können.

### Persönliche Erfahrungen

Schahroch Reisi hat sich jedenfalls von Prof. Martin Dannecker, dem Leiter des Instituts für Sexualwissenschaft an der Universität Frankfurt, bescheinigen lassen, dass er unumkehrbar schwul ist. Dieses wissenschaftliche Fachgutachten hat er an das Verwaltungsgericht Wiesbaden geschickt, doch noch immer wartet er auf einen Verhandlungstermin. Bislang wird seine Duldung alle drei Monate verlängert. „Ich habe in diesen vier Jahren viele Phasen erlebt, wo ich an Selbstmord gedacht habe, und ich habe auch unzählige Antidepressionspillen eingenommen.“

Probleme hat Schahroch Reisi auch mit der Integration in die Gesellschaft. Er fühlt sich in

Deutschland nicht wirklich akzeptiert. „Du hast mich gefragt, ob die Gesellschaft gegenüber Lesben und Schwulen tolerant ist oder nicht? Um diese Frage beantworten zu können, muss man sich zuerst als ein Teil dieser Gesellschaft fühlen. Ich habe mich seit diesen viereinhalb Jahren aufgrund meines

### Klaus Jetz,

*Geschäftsführer des LSVD.*

*Weitere Informationen zur Situation im Iran auf: <http://www.pglo.net>, bzw. per e-mail: [shahrokh@pglo.net](mailto:shahrokh@pglo.net)*





Schahroch Reisi beim Frankfurter CSD am 29. Juli 2006

Foto: Ulrich Oestringer

Aufenthaltsstatus immer am Rande der Gesellschaft empfunden.“

### Todesstrafe für Homosexuelle

Schahroch Reisi berichtet, dass die Situation der Lesben und Schwulen im Iran katastrophal ist. Es gehe nicht wie in Europa um eine rechtliche oder gesellschaftliche Anerkennung. Daran sei überhaupt nicht zu denken. Iran ist Verfolgerstaat. In Artikel 141 des Strafrechts, das von der Sharia geprägt ist, heißt es: „Die Hadd-Strafe (von der Sharia vorgesehene Strafen für direkt vom Koran verbotene und mit körperlichen Strafen zu ahndende Handlungen wie Unzucht, Analverkehr oder Raub, KJ) für Homosexualität ist die Todesstrafe. Die Tötungsart steht im freien Ermessen des Richters“. Und Artikel 142 bestimmt: „Die Homosexualität zieht die Todesstrafe dann nach sich, wenn der aktive und passive Täter mündig und geistig normal sind und aus freiem Willen gehandelt haben.“ Und in Bezug auf Lesben sagt das menschenverachtende iranische Strafrecht, dass homosexuelle Handlungen unter Frauen mit hundert Peitschenhieben bestraft werden. Wenn eine Frau vier Mal der Homosexualität „überführt“ wird, droht ihr die Todesstrafe.

### Tabuthema Homosexualität

Im Iran gibt es keinerlei Informationen über Homosexualität. Für die Medien ist sie kein Thema. Die Masse der Bevölkerung sei nicht aufgeklärt, so Schahroch Reisi. „Viele denken sogar, dass die Transsexuellen mit den Homosexuellen identisch sind. Durch die patriarchalische und religiöse Erziehung sind die Menschen zur der Überzeugung gelangt, Homosexualität sei eine Sünde.“

Und was bedeutet dieses feindselige Umfeld für Lesben und Schwule? „Jeder Homosexuelle muss viele Masken aufsetzen, um überhaupt überleben zu können. Das führt zu einer massiven Belastung durch

Stress, zu Depressionen und Identitätsstörungen bis hin zum Selbstmord.“ Und 1985 sei im Iran offiziell die Geschlechtsumwandlung von Transsexuellen zugelassen worden. Seither habe es unzählige Fälle von Homosexuellen gegeben, die sich einer Operation unterzogen hätten.

Vor der islamischen Revolution (1979) habe das Shahregime Homosexualität mehr oder weniger toleriert. Damals gab es, so Schahroch Reisi, einige Künstler, die sich als Homosexuelle geoutet haben, auch wenn die Menschen sie immer als „Perverse“ angesehen haben. Die Ursprünge der iranischen Homosexuellenbewegung liegen in den 70er Jahren. Als ihr Begründer gelte ein ehemaliger Student, Sawiz Shafai, der 1974 eine bahnbrechende Rede an der Universität Shiraz gehalten habe. Heute gebe es Unterstützung für die iranische Homosexuellenbewegung nur im Exil, durch einige linke Oppositionelle und durch Menschenrechtsorganisationen. Intellektuelle oder Organisationen im Iran können Homosexualität nicht thematisieren. Dies werde vom Mullahregime nicht akzeptiert. „Diejenigen, die öffentlich darüber sprechen, werden brutal unterdrückt, und müssen damit rechnen, verhaftet und gefoltert zu werden.“

### Unzählige Hinrichtungen

Schahroch Reisi sagt, dass sich nach dem Amtsantritt von Präsident Ahmadineschad die Lage der Lesben und Schwulen im Iran noch verschärft hat. Die Anzahl der öffentlichen Hinrichtungen von Homosexuellen hat enorm zugenommen. Zu ersten Hinrichtungen von schwulen Männern kam es 1982. Genaue Zahlen lägen aber nicht vor, u. a. auch weil viele Hinrichtungen in aller Heimlichkeit in Gefängnissen vollzogen würden. Aber nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen wurden seit 1982 im Iran mindestens 3.000 Homosexuelle hingerichtet. Viele dieser Menschen waren noch minderjährig, wie die beiden Jungen,

die letztes Jahr in Mashhad gehängt wurden. Auch suchen die Mullahs gerne nach Vorwänden oder Rechtfertigungen für diese Hinrichtungen. Die Opfer werden in den Medien gerne als Vergewaltiger oder Kinderschänder dargestellt, um international den Ruf nicht völlig zu ruinieren. Doch was ist schon von einem Staat zu halten der Kinder und Jugendliche aufhängen lässt?

### „Urteile auf Todesstrafe ... hier nicht bekannt“

Dem BAMF liegen Erkenntnisse über eine verschärfte Verfolgung im Iran nicht vor: „Auch in letzter Zeit sind Urteile auf Todesstrafe oder sonstiger unverhältnismäßiger Bestrafung allein wegen des Vorwurfes der Homosexualität nicht ergangen bzw. hier nicht bekannt geworden. Jedoch berichtete die Tageszeitung `Keyhan´ vom 13.11.2005 von der Hinrichtung zweier junger Männer aus Gorgan wegen Kidnapping, Vergewaltigung und Homosexualität. Lt. Zeitungsberichten wurden am 19.07.2005 zwei Jugendliche aus Mashhad hingerichtet wegen homosexueller Handlungen und einer eingestandenen Vergewaltigung.“ Und die Gewichtung des Vorwurfes homosexueller Handlungen bei diesen Verfahren sei schwer einzuschätzen, heißt es dazu lapidar aus dem BAMF.

Und wie sehen Schahroch Reisis persönliche Pläne für sein weiteres Leben hier in Deutschland aus? „Mein iranisches Abitur wurde hier leider nicht anerkannt. Deswegen mache ich jetzt im Abendgymnasium mein Fachabitur. Damit ich an der FH Sozialarbeit studieren kann.“ Danach möchte er, wenn er eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis bekommt, in Deutschland als Sozialarbeiter tätig werden, um anderen iranischen homosexuellen Flüchtlingen helfen zu können. Und natürlich will Schahroch Reisi auch in Zukunft für die Rechte der Homosexuellen und der sexuellen Minderheiten kämpfen. Dafür bietet die PGLO gute Voraussetzungen.

# Aids-Prävention - Krise und Chance einer Innovation

VON ROLF ROSENBROCK

**D**ie zielgruppenbezogene und selbst organisierte Primärprävention der HIV-Infektion ist mittlerweile zum Pilotfall der erfolgreichen Umsetzung eines modernen, gesundheitswissenschaftlich fundierten Präventionskonzepts geworden. Safer Sex ist zumindest in der nach wie vor hauptsächlich von der Epidemie betroffenen Gruppe der schwulen Männer zur sozialen Norm geworden, mit Befolgungsraten von 70 und mehr Prozent. Bei den i. v. Drogenbenutzern liegt der Erfolg in ähnlicher Größenordnung. Vor diesem Hintergrund möchte ich die möglichen Gründe des heute leider unbestreitbaren Rückgangs von präventivem Verhalten beleuchten, um einige Gedanken zur Überwindung dieser Defizite anzuschließen.

Erinnern wir uns an die Gründungszeit der Aids-Hilfen, an die Mitte der achtziger Jahre. Sowohl unter gesundheitlichen als auch unter bürgerrechtlichen Aspekten herrschte Angst bis hin zur Panik, und auf jeden Fall gab es großen Handlungsdruck. In der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, deren Mitglied ich war und die von 1987 bis 1990 eine Aids-Strategie zu entwickeln hatte, stellte sich heraus: Die Zwangsstrategien gegen sexuell übertragbare Krankheiten erwiesen sich bei näherem Hinsehen als ineffektiv. Das sprach gegen die Wahl der klassischen Seuchenstrategie.

Zudem bot sich ein Alternativmodell an, das in den siebziger Jahren in den USA seine ersten Erfolge gezeigt hatte. Dieser Präventionsansatz steht unter dem zentralen Gedanken des gesellschaftlichen Lernens und setzt auf die Einbeziehung und Aktivierung der betroffenen Gruppen für die Prävention in einem solidarischen gesellschaftlichen Klima. Mit seiner Hilfe hat die Bundesrepublik aber auch bürgerrechtlich ihre Reifepfung bestanden. Im Ergebnis ist der Umgang mit Sexualität und Homosexualität, aber auch mit Drogen in Deutschland ehrlicher und liberaler geworden.

Der Erfolg dieser Innovation beginnt zu bröckeln: Seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre deuten alle verfügbaren Indikatoren darauf hin, dass safer sex und safe use nachlassen, ersteres auch und besonders in der hauptsächlich betroffenen Gruppe der homo- und bisexuellen Männer. Statistische Daten, sozialwissenschaftliche Umfragen, Beobachtungen in den diversen Sex-Szenen und Berichte von Aids-Hilfen, Gesundheitsämtern und HIV-Schwerpunktpraxen weisen in die gleiche Richtung: präventives Verhalten nimmt insgesamt langsam, in einigen Szenen dramatisch ab. Das ist bei derart langen Gesundheitskampagnen keine wirkliche Überraschung, und normaler Weise reagiert eine aufgeklärte Gesundheitspolitik darauf mit Nachjustierungen in der Kampagne. So verfährt die

BzGA auch in ihren Präventionsbemühungen für die ‚Allgemeinbevölkerung‘. Das aber stößt bei der Aids-Prävention auf drei Probleme: Zum einen ist Aids-Prävention eben nicht in erster Linie eine staatliche Veranstaltung, die man durch zentrales Verwaltungshandeln modifizieren kann. Vielmehr müssen die vielen Akteure von und für Veränderungen überzeugt und motiviert werden. Zum anderen wissen wir auch bis heute nicht, welche Elemente oder Komponenten der Kampagne eigentlich wie stark – jedes für sich und in Synergie miteinander – gewirkt haben und den Erfolg erklären.

Erschwerend kommt – als drittes Hindernis einer organischen Weiterentwicklung des Präventionsmodells – hinzu, dass wir auch nicht wissen, welches die Gründe für das Nachlassen des präventiven Handelns (also von safer sex und safe use) sind. Hier ist vor voreiligen Vereinfachungen zu warnen.

- Handelt es sich um ‚normale‘ Ermüdungserscheinungen?
- Welche Rolle spielt der erfreuliche Umstand, dass Aids-Erkrankungen und Sterben im persönlichen Umfeld immer seltener erlebt werden müssen?
- Hat die nachlassende Präsenz von Aids in den Medien einen Einfluss?
- Halten vielleicht speziell jüngere Menschen Aids eher für ein Problem der Älteren und schützen sich und ihre PartnerInnen deshalb weniger als früher? (auch wenn einige Studien auf die 30-40-Jährigen als jetzt wieder mehr gefährdete und gefährdende Gruppe hindeuten)
- In welchem Maße wird infolge der Kombinationstherapie Aids statt als tödliche Bedrohung eher als eine behandelbare chronische Krankheit wahrgenommen?
- Inwieweit waren ‚safer sex‘ und ‚safe use‘ vielleicht auch ein Reflex auf die zum Teil als existenziell wahrgenommene Bedrohung der Bürgerrechte in den betroffenen Gruppen und lassen in einem liberaleren Klima wieder nach?
- Haben wir es möglicherweise mit Effekten nachlassender Präventionsanstrengungen zu tun, verursacht durch vielerorts schwindende öffentliche Unterstützung sowie durch geringeres Engagement bzw. nachlas-

sende Kreativität ehrenamtlicher Präventions-Aktivisten?

- Oder haben wir es mit dem bekannten Problem zu tun, dass Präventionsbotschaften Menschen mit geringerer formaler Bildung sowie Angehörige anderer Kulturkreise immer schon schlechter erreichten?

Viele Fragen also, und wenig gesicherte Antworten; in jedem Falle aber eine neue Herausforderung. Denn eins scheint sicher: mit einer bloßen Fortschreibung bisheriger Botschaften, Formen und Medien der Aids-Prävention dürfte dem bedrohlichen Abbröckeln präventiven Verhaltens nicht beizukommen sein, wohl auch nicht mit dem Rezept ‚mehr von demselben‘.

Eine mögliche Strategie, sich dieser Herausforderung zu stellen, verfolgt einen Bottom-up-Ansatz. Die wesentliche Produktivitätsreserve wird bei diesem Ansatz in der Qualität der Arbeit der einzelnen, dezentral arbeitenden Aids-Hilfen gesehen, und zwar im Hinblick auf Situationsanalyse, Strategiefindung, Aktionsgestaltung und Qualitätssicherung.

In einer von uns durchgeführten Totalerhebung bei allen deutschen Aids-Hilfen konnten wir feststellen, dass – trotz hoher Arbeitsbelastung aus Patienten-Betreuung und sozialrechtlichen Problemen – nahezu alle Aids-Hilfen nach wie vor Primärprävention betreiben. Nahezu alle haben aber auch Zweifel, ob sie diese Aufgabe so gut erfüllen, wie sie wollen und könnten. Als wichtigster einzelner Hinderungsgrund für zu wenig Präventionsarbeit und ihre Qualitätsmängel wird die zu geringe und mancherorts auch absolut zurück gehende materielle Ausstattung der Aids-Hilfen genannt. Vor allem bei kleinen Aids-Hilfen mangelt es an personellen Ressourcen. Trotz dieser Engpässe betreiben über 80 % der Aids-Hilfen eine Qualitätssicherung ihrer präventiven Arbeit. Das ist auch ein Verdienst ihres Dachverbandes, der Deutschen Aids-Hilfe (DAH).

Bei regional oder lokal ansetzender Prävention geht es nie um die Anwendung zentral vorgefer-

## Prof. Dr. rer. pol. Rolf Rosenbrock

ist Leiter der Forschungsgruppe Public Health im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Er ist Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA).



# Prävention stärken, Verantwortung wahrnehmen

VON AXEL BLUMENTHAL

tiger Rezepte. Was konkret zu tun und zu unterlassen ist, entscheidet sich nach den lokalen und sozialen Gegebenheiten der jeweiligen Aids-Hilfe. In gleichberechtigter Zusammenarbeit mit lokalen Präventionsfachleuten und den ehrenamtlichen Präventionsaktivisten kommt es zu maßgeschneiderten Aktivitäten im Hinblick auf verschiedene Teilszenen und ihre Treffpunkte, meist unter Einschluss von Aufmerksamkeit stiftenden Aktionen und zugehender Beratung, integriert in die soziale und sexuelle Wirklichkeit der jeweiligen Zielgruppen. Dabei gilt es auch, an eine Grundvoraussetzung der Aids-Strategie zu erinnern: Das Ziel der Prävention ist die Minimierung der Anzahl der Neuinfektionen und sonst gar nichts. Prävention hat nicht dort anzusetzen, wo sympathische Menschen verkehren, sondern wo Infektionen drohen. Gesundheitspolitik ist keine Moralpolitik. Wer dies vorurteilslos akzeptiert, kommt schnell darauf, dass neben Teilszenen der schwulen Welt Präventionsarbeit v. a. auch in der Stricherszene, in der Beschaffungsprostitution, im Knast und bei Migranten, zum Teil mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus, zu leisten ist.

Die Bereitschaft der Aids-Hilfen für die jeweils regionale bzw. lokale Steigerung der Qualität durch gleichberechtigten Dialog mit der Wissenschaft ist hoch, obgleich das Projekt für die Aids-Hilfen zunächst einmal mehr Arbeit und auch Störung bedeutet. Seit Ende 2005 begleitet die Forschungsgruppe Public Health im Wissenschaftszentrum Berlin mit Unterstützung des BMGS, der BzGA sowie der DAH zwölf regionale Aids-Hilfen bei diesem Prozess.

Von dieser Arbeit erhoffen sich alle Beteiligten einerseits einen Qualitätsschub der Präventionsarbeit und andererseits auch Erkenntnisse sowohl über das Modernisierungspotenzial von Inhalt und Form der Präventionsarbeit als auch über die Möglichkeiten der Qualitätssicherung von nicht-medizinischer und oft unter Einschluss des Ehrenamtes stattfindender Gesundheitsarbeit, also Ergebnisse, die weit über Aids hinaus von Bedeutung sind. Ganz praktisch aber erhoffen sich alle Beteiligten davon, dass die Zahl der Neuinfektionen gesenkt werden kann. Für jeden, der das Leben und Sterben mit Aids in seinem Umkreis erleben musste, ist tatsächlich jede Infektion eine vermeidbare Infektion und deshalb eine Infektion zuviel.



**A**uf dem letzten Verbandstag in Köln wurde ein neues Positionspapier zum Thema „Schwule Gesundheit“ beschlossen. Der Lesben- und Schwulverband (LSVD) fordert darin eine neue Offensive in der AIDS-Prävention, versucht gleichzeitig aber auch deutlich zu machen, dass „schwule Gesundheit“ mehr meint als nur HIV-Prävention.

## Derzeitige Situation

2005 war ein Neuanstieg bei den HIV-Erstdiagnosen unter „Männern, die Sex mit Männern haben“ festgestellt worden. Gleichzeitig wurde ein Anstieg der Tripper- und Syphilis-Infektionen durch homosexuelle Kontakte beobachtet.

Vor diesem Hintergrund entbrannte in der Community – aber auch darüber hinaus – die Debatte um das Thema „Barebacking“ aufs heftigste, Schuldzuweisungen wurden hin und her geschoben und die Medien stürzten sich in zumeist unsachlicher Weise auf das Thema.

Sicher: Die AIDS-Prävention unter schwulen Männern hat große Erfolge gebracht und ist heute noch erfolgreich. Nach 20 Jahren AIDS ist aber eine gewisse Erosion im Praktizieren von Safer Sex nicht zu übersehen. Diese Situation erfordert neue Anstrengungen in der Prävention, eine Neujustierung von Botschaften und Vermittlungsmethoden. Prävention muss die Vielfalt schwuler Lebensweisen im Blick haben und realistische Wege aufzeigen, Verantwortung für sich und andere zu leben. Das wird umso erfolgreicher gelingen, je offener die Gesellschaft mit Homosexualität umgeht und je weniger Diskriminierung Homosexuelle befürchten müssen.

## Verantwortung übernehmen

Setzte die Aids-Prävention im Beginn auf die Eigenverantwortung schwuler Männer, scheint angesichts der Bareback-Diskussion die Zeit reif zu sein, über Verantwortung neu nachzudenken:

Dabei bedarf die Diskussion zum Thema Barebacking zunächst einer Versachlichung. Das liegt vor allem daran, dass das Wort mittlerweile nicht mehr in seinem ursprünglichen Zusammenhang – dem ungeschützten Sex zwischen positiven Partnern, die sich über ihren eigenen HIV-Serostatus, den ihres Partners und weitere Faktoren wie Virustyp, Viruslast und Resistenzen im klaren

sind – benutzt wird, sondern als trend- und fetischbesetztes Label für ungeschützten Sex gilt.

Der Unterschied liegt hier ganz klar im Grad der Information der Partner sowie der Bereitschaft, für seine

eigene Gesundheit und die des Partners Verantwortung zu tragen:

Der Wegfall der Angst, sich mit HIV infizieren zu können, ist vielleicht der einzige positive Aspekt des Positiv-Seins. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass HIV-positive Männer im Hinblick auf ihre Lebensqualität zu der Entscheidung kommen, untereinander auf das Kondom verzichten zu wollen. Verantwortliche Entscheidungen können jedoch nur gefällt werden, wenn Klarheit über die Infektion sowie andere Risiken wie etwa sexuelle übertragbare Krankheiten besteht. In vielen sozio-sexuellen Situationen ist ein Besprechen der Grenzen und Risiken unwahrscheinlich, insbesondere wenn auch Drogen im Spiel sind. Hier muss jeder sein Risiko selbst einschätzen, seine Grenzen selbst bestimmen und durchsetzen. Gegenseitige Rücksichtnahme heißt aber auch, die Grenzen des Anderen zu respektieren und nicht zu überschreiten.

Wird hingegen ungeschützter Sex unter dem Deckmantel Barebacking zum Fetisch erklärt – als coolerer, gar männlicherer Sex – bleibt von dieser Verantwortung nichts übrig. Gegenseitige Annahmen ersetzen das Wissen: „Er würde auf Schutz bestehen, wenn er negativ wäre...“ steht gegen „Er würde schon nichts ungeschütztes machen, wenn er es hätte...“ Kommt es zu solchen Projektionen, wird die Eigenverantwortung dem Partner übertragen, solidarisches Verhalten durch egoistisches ersetzt. Verantwortung ist jedoch nicht teilbar. Dies gilt für alle Beteiligten in jeder Situation.

## Prävention stärken

Prävention ist nicht nur eine Angelegenheit der individuellen Verantwortung. Sicherlich – jeder schwule Mann hat es in der Hand, seinen ganz persönlichen Beitrag gegen die Weiterverbreitung von HIV/AIDS und STD zu leisten. Eine große Anstrengung in der Prävention kann aber nur gelingen, wenn Akteure aus der Politik und der Wirtschaft mit den Vertretern der lesbisch-schwulen Community zusammen arbeiten:

Dies bedeutet, dass die Community und ihre Organisationen – also auch der LSVD, die Aids-Hilfen, das öffentliche Gesundheitswesen, die Ärzteschaft, die Pharmaindustrie und vor allem die Politik gefordert sind, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen eine Präventionsarbeit immer wieder neu justiert und ungehindert betrieben werden kann, Sexualaufklärung in der Schule stattfindet, die dieses Prädikat wirklich verdient und schwule Männer und lesbische Frauen wirksam vor Diskriminierung geschützt werden.

Die einzelnen Forderungen des LSVD könnt Ihr im Positionspapier – online unter <http://typo3.lsvd.de/620.0.html> – nachlesen. Für eine inhaltliche Diskussion des Papiers stehe ich gern zur Verfügung.

## Axel Blumenthal,

*Bundesvorstand des LSVD, arbeitet als Sozialpädagoge seit 19 Jahren in der Aids- und STD-Beratung des Fachbereichs Gesundheit der Region Hannover.*



Neu im Bundesvorstand sind seit dem letzten Verbandstag: Sabine Gilleßen (dritte von rechts), Annette-Susanne Hecker (genau in der Bildmitte) und Martin Pfarr (zweiter von links). respekt! stellt hier zwei der neuen Bundesvorstandsmitglieder vor, Sabine Gilleßen folgt in der nächsten Ausgabe.

In zwei Themenschwerpunkten will sich **Annette-Susanne Hecker** im LSVD-Bundesvorstand engagieren: „Lesben und Schwule in der Arbeitswelt“ und „Homosexualität und Alter“. Die 1954 geborene Psychologin lebt seit fast 30 Jahren in Norddeutschland.

Nach vielen Berufsjahren als Personalentwicklerin und Trainerin bezeichnet sie ihre jetzige Tätigkeit als Bestatterin und Trauerbegleiterin als „Traumberuf“. Auch in diesem Themenfeld bietet sie Fortbildung und Supervision an.

Ihre politischen Aktivitäten umreißt die „Initiativen- und Projektfrau“ kurz mit der Beteiligung an der Gründung der Hamburger Frauenwoche, dem Aufbau der FrauenAnstiftung und ihrer Integration in die Heinrich-Böll-Stiftung. Sie engagiert sich in einem Unterstützerinnenkreis für das kroatische Hilfsprojekt SEKA, das kriegstraumatisierte Frauen und Kinder betreut, und ist aktives Mitglied der Wirtschaftswelber, dem Netzwerk lesbischer Fach- und Führungskräfte.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesverband und den Landesverbänden des LSVD ist ein Schwerpunkt, den sich **Martin Pfarr** für seine Mitarbeit im LSVD-Bundesvorstand gesetzt hat. Dazu kommt die Anti-Gewalt-Arbeit und sein Augenmerk auf die Erfahrungen der Bürger- und Menschenrechtsarbeit in der DDR.

Der 1955 geborene selbständige Facharzt für Allgemeinmedizin lebt in Köthen (Anhalt) und ist dort seit der Wende in der DDR auch kommunalpolitisch engagiert. Seit 2005 ist er Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion. Er lebt in einer festen Freundschaft und nennt Wandern und Radfahren als seine Hobbies. Er hat eine Vorliebe für Barockmusik (v.a. J.S. Bach) und liest viel und gern.

Mit Eduard Stapel hat er seit 1984 in der Homoexuellenbewegung der DDR eng zusammengearbeitet. Im Vorstand des LSVD Sachsen-Anhalt steht er für die Öffentlichkeitsarbeit und ist seit 1997 Projektleiter des Schwulen Überfalltelefons Magdeburg.

## Mit Weniger ans Meer.

### Die LSVD Card als Urlaubsbegleiterin

LSVD Card nennt sich das Vorteilsprogramm für LSVD Mitglieder, an dem sich inzwischen weit mehr als 100 Business Partner beteiligen. Auf der Internetseite [www.lsvd.de](http://www.lsvd.de) finden sich allseits Vertraute ebenso wie noch gänzlich unbekannte Kooperationspartner.

Hier ist für jeden Geschmack und (fast) alle Lebenslagen etwas dabei: Hotels und Pensionen, Autokauf und Vermietung, Gesundheit oder Wellness im In- und Ausland. Die Liste wird regelmäßig aktualisiert. Es lohnt sich, mindestens einmal im Quartal die neu-

esten Angebote zu prüfen. Vielleicht ist der Lieblingsweinladen, der richtige Kaffee- oder Getränkelieferant inzwischen längst dabei.

Das LSVD Card Programm erwächst aus der überaus positiven Zusammenarbeit zwischen der Bundesgeschäftsstelle und den Landesverbänden. So finden sich auf der Liste vielfältige Angebote aus unterschiedlichsten Bereichen nicht nur in den lesbisch-schwulen Metropolen, sondern auch in Kleinstädten und auf dem Lande. Besonders groß ist das Interesse an einer Zusammenarbeit im Reise- und Freizeitsegment.

Mit Scheckkarte, Personalausweis und LSVD Card lässt es sich prima reisen. Dabei gilt: Keine Angst vor der Provinz. Für Stadtmüde und Erholungsbedürftige gibt es Rabatte von Stuttgart bis Spanien und von Emsland bis Eiderstedt. An der Nordsee und

am Saller See können Lesben und Schwule ihre Tarnkappen absetzen und die Seele baumeln lassen.

Rabatte von 2% bis 20% für LSVD Mitglieder - das kann sich sehen lassen. Aber nicht nur die Prozente machen deutlich, dass hier Schwule und Lesben in besonderer Weise willkommen sind. Die LSVD Card ist vor allem für kleine und mittelständige Unternehmen eine Gelegenheit, ihre Anerkennung und ihre Unterstützung für die Politik des LSVD zum Ausdruck zu bringen. Sie setzen damit ein Signal gegenüber so manchen Unternehmensverbänden, die sich immer noch nicht damit abgefunden haben, dass sie Lesben und Schwule nicht mehr diskriminieren dürfen. Für LSVD Card Partner ist der homosexuelle Kunde Königin. So soll es sein.

**Uta Kehr,  
Schatzmeisterin  
im LSVD-  
Bundes-  
vorstand**



#### Anzeige



**Ihr \*\*\*\* Gay friendly Hotel am romantischen Saller See im Herzen des Emslandes...bietet Ihnen...**

Hochzeitsnacht auf Probe  Kuscheln zu Zweit  
Und andere Verwöhnarrangements ganz nach dem Motto:  
„Mal raus aus dem Alltag“

**Infos & Buchungshotline: 05902-93300**  
**Marketing@Hotel-Sallersee.de**  
**www.Hotel-Sallersee.de**



*KLASSE FÜR SICH!*



# Noch nicht in der Zivilgesellschaft angekommen

## Osteuropa auf dem Weg zu Freiheit und Demokratie

**L**iegen wirklich nur 14 Tage zwischen Fanal und Hoffnung? Diesen Eindruck konnte man jedenfalls im Juni gewinnen. Während in Moskau am 27. Mai von faschistischem Mob und fanatisierten Hasspredigern „Knüppel aus dem Sack“ gegeben wurde, erwachte in Warschau 14 Tage später die polnische Zivilgesellschaft wie Dornröschen, wachgeküsst von mutigen polnischen Lesben und Schwulen und der von ihnen organisierten internationalen Unterstützung. Die nachfolgenden Stationen mutiger lesbischer und schwuler Selbstbehauptung in Osteuropa sind so unterschiedlich wie die Länder, in denen sie stattfanden.

Entfesselter Hass der „Neuen Rechten“, angestachelt auch von der orthodoxen Kirche **Rumäniens**, begleitete die genehmigte Demonstration in Buka-

rest am 3. Juni. Die Polizei tat alles ihr mögliche, die rund 1000 Demonstranten zu schützen, doch es reichte nicht. Die Parade musste vorzeitig beendet werden. Die rumänische Gesellschaft ist wesentlich intoleranter als Regierung und Verwaltung, die allerdings auch erst nach intensiver Diskussion mit europäischen Politikern und Institutionen ihr Maß an Liberalität auf dem angestrebten Weg in die EU gefunden haben.

Ein besonders repressives Klima herrscht im EU-Mitglied **Lettland**. Eine Verfassungsänderung, die die Ehe auf deren heterosexuelle Variante beschränkt, fand im Juni die erforderliche Mehrheit im Parlament. Die Riga-Pride-Parade am 22. Juli 2006 wurde kurzerhand verboten, im Gegensatz zum Vorjahr wurde das Verbot auch nicht von dem angerufenen Gericht aufgehoben.



**Freundliche Stimmung in Warschau, die Zivilgesellschaft ist wachgeworden.**

Die Gewalt religiöser und nationalistischer Krawallmacher erreichte die Teilnehmer einer internationalen Konferenz relativ unbehelligt von den Sicherheitskräften: auch internationale Gäste wie die Europaabgeordnete Sophie in't Veld (D'66, Niederlande) wurden Zielscheibe von Eiern und Unrat, als sie die verschiedenen Veranstaltungen, die statt der Gay Pride Parade stattfanden, verließen.

Schon das Verbot der Parade war ein Skandal. Die angeführten Sicherheitsbedenken offenbarten die Kapitulation der lettischen Behörden vor den gewalttätigen Hetzern. Es wundert nicht, dass die Teilnehmer von mangelhaftem Schutz durch die Polizei berichten.

Auch die Gay-Pride-Veranstaltungen in Tallinn wurden Opfer reaktionärer Gewalt. Rechtsradikale Gewalttäter griffen die friedliche Parade der 500 Demonstranten mit Knüppeln und Fäusten an, ein Teilnehmer musste ins Krankenhaus, weitere wurden ärztlich betreut. **Estland** gilt als tolerantestes der baltischen Länder, in diesem Jahr hat es sich von einer anderen Seite gezeigt. Auch in Estland wurde Kritik an der Polizei laut, die aber nach dem Übergriff der Extremisten schnell die Beteiligten festnahm.

Auch nach der als Durchbruch zu bezeichnenden Gleichheitsparade in Warschau zeigt sich, dass die wichtigste Gewähr für die größere Freiheit

von Lesben und Schwulen Osteuropas in der internationalen Aufmerksamkeit und Beteiligung liegt. Der friedliche und von der Polizei gut geschützte Verlauf der Parade in Warschau ist sicher wesentlich darauf zurückzuführen, dass Medienvertreter und Politiker aus allen Teilen Europas in großer Zahl in Warschau waren.

Der LSVD hat im März erneut eine Gay-Solidarnosc-Aktion begonnen, um Geld und Unterstützung für die Organisationen in Polen und Osteuropa zu mobilisieren. Die eingegangenen Gelder werden für beantragte Projekte osteuropäischer Gruppen zur Verfügung gestellt.

etz



**Gegendemonstranten in Moskau – mit Ikonen gegen die „Sünde“, Protest vor der russischen Botschaft in Berlin am 2. Juni 2006, Fotos: Seiferth, Bedford, LSVD**



## Zwei Monate Untersuchungshaft

Ein junger Mann aus Berlin wurde nach der Parade in Warschau festgenommen und saß zwei Monate in Untersuchungshaft. Die ursprünglichen Vorwürfe eines gewalttätigen Angriffs auf die Polizei scheinen nach entlastenden Ermittlungsergebnissen seines Rechtsanwaltes fragwürdig. Der LSVD bezeichnete die Dauer der Untersuchungshaft als schikanös.

**Zeig RESPEKT für Schwule & Lesben**

**Spiel mit!**  
Und setz ein Zeichen gegen Gewalt und Diskriminierung.

Sportarten: Fußball, Streetball, Kampfsport, Hip-Hop Workshops, Graffiti, Rap, Streetdance

26.08.2006 & 12.05.2007  
Start: 09.00 h

Infos + Anmeldung: [www.respect-gaymes.de](http://www.respect-gaymes.de)  
Tel. 025 44002415

In Nord-Süd-Einstufen, Fritz-Wilberg-Str. 3, Wismarstraße, Bes 112

LSVD

## Sport für Respekt

„Zeig Respekt für Schwule und Lesben“ fordern die Plakate, sie werben für die Berlin Respect Gaymes, ein Projekt des LSVD Berlin-Brandenburg. Die beiden Schirmherren des Projekts, Fußballnationalspielerin Navina Omilade und Box-Champion Oktay Urkal engagieren sich für das Sportfest über Minderheitengrenzen hinweg.

Berlins Schulsenator Böger hofft, dass die Spiele zu mehr Toleranz beitragen. Lesben und Schwule würden nach wie vor in vielen gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt. Navina Omilade: „Auf dem Fußballplatz gibt es klare Regeln: Wer foult, fliegt raus. Das Spiel funktioniert nur, wenn alle Spieler Respekt voreinander haben. Das ist im Alltag nicht anders: Für Rassismus, Schwulenhass und Gewalt gibts die Rote Karte.“ [www.respect-gaymes.de](http://www.respect-gaymes.de)

**RESPEKT für Schwule & Lesben**

**Spiel mit!**  
Und setz ein Zeichen gegen Gewalt und Diskriminierung.

Sportarten: Fußball, Streetball, Kampfsport, Hip-Hop Workshops, Graffiti, Rap, Streetdance

26.08.2006 und 12.05.2007  
Start: 09.00 h

Infos + Anmeldung: [www.respect-gaymes.de](http://www.respect-gaymes.de)  
Tel. 025 44002415

In Nord-Süd-Einstufen, Fritz-Wilberg-Str. 3, Wismarstraße, Bes 112

LSVD

## LSVD veranstaltete CSD Saar-Lor-Lux

Zum diesjährigen CSD für die Region Saarland, Lothringen und Luxemburg hatte der LSVD auch drei Musical-Sänger eingeladen, die erstmals bei einem CSD auftraten: die Saarländerin Anne Welte (Miserables), Thomas Schirano (Rocky) und Hardy Rudolz (Phantom).

Schirmfrau war die Saarbrücker Oberbürgermeisterin Charlotte Britz. An der traditionellen Podiumsdiskussion mit Parteienvertretern beteiligten sich hochkarätige Landespolitiker des Saarlands.

## Neuer Landesvorstand in Niedersachsen-Bremen

Im Mai 2006 wählte der Landesverband Niedersachsen-Bremen einen neuen Landesvorstand. Dem ausgeschiedenen Mike Leibner folgt für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und für die Koordination der Veranstaltungen Christian Weber nach. Wiedergewählt wurden Marianne Reschke als Schatzmeisterin und Benjamin Rottmann, der für die politische Arbeit, die Jugendarbeit und die Website verantwortlich ist. Erweitert wurde der Vorstand um Petra Zemke-Bormann (Lesben und Regenbogenfamilien).



## LSVD-Aktivist mobilisiert „Schule mit Courage“

Am 15. Juli erhielt das Kurfürst-Joachim-Friedrich-Gymnasium in Wolmirstedt nahe Magdeburg den Titel „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“. Als Pate für das Projekt stellte sich Joel Abati, ein bekannter Magdeburger Handballer, zur Verfügung. Die Initiative zu dem Projekt hatte ein LSVD-Mitglied ergriffen.

Erst vier Schulen im Land Sachsen-Anhalt haben sich bislang an der Aktion „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“ beteiligt. 300 beteiligte Schulen gibt es bislang bundesweit.

## Kürzungen gekürzt

Die Landesregierung in NRW plante bei der Förderung schwul-lesbischer Selbsthilfeprojekte Kürzungen, welche fast doppelt so hoch ausfallen sollten, wie die ohnehin hohe pauschale Streichung von 20% für den gesamten sozialen Bereich.

Mit massiven Protesten konnte die überproportionale Kürzung abgewendet werden. Die Stärke des lesbisch-schwulen Protests hat Wirkung gezeigt. Diesen Erfolg haben wir gemeinsam mit den anderen lesbischen und schwulen Verbänden in NRW erreicht.

## Aktiv im LSVD NRW

„Aktiv im LSVD – Solidarität, Selbsthilfe und Bürgerrechte“ – Unter diesem Motto veranstaltete der LSVD Nordrhein-Westfalen in Kooperation mit dem LSVD Bildungswerk einen Workshop. Es wurde intensiv über die gesellschaftliche und rechtliche Lage und persönliche Sichten und Probleme

diskutiert. Ein weiterer Schwerpunkt war die Vorstellung des LSVD als Bürgerrechtsverband. Es wurden die Strukturen und Ziele des LSVD beleuchtet und Möglichkeiten sich persönlich in der Bürgerrechtsarbeit gestaltend einzubringen erarbeitet.

## Rechtsberatung für LSVD-Mitglieder

Ab dem 08.08.2006 bietet der Ortsverband Köln für LSVD-Mitglieder eine kostenlose, telefonische Rechtsberatung an.

Unter der Telefonnummer (02 21) 258 48 54 erhalten Anrufer jeden Dienstag von 14:00 bis 16:00 Uhr eine kostenlose Erstauskunft zu Rechtsfragen. Die beiden Berater Rechtsanwalt Harald Nuß und Rechtsanwältin Simone Huckert wechseln sich wöchentlich ab. Ihre Spezialgebiete und die rechtlichen Grundlagen des Angebotes finden sich auf <http://nrw.lsvd.de/content/rechtsberatung.htm>.



## Wenn Christentum zur Sekte wird ...

Der Kampf der Evangelikalen gegen die Homosexualität

**W**as im ländlichen Südwesten Deutschlands schon länger beobachtet wurde, fand im Jahr 2005 auch den Weg an die TU Chemnitz: Während einer Veranstaltung des Missionswerks „Campus für Christus“ wurde für Organisationen geworben, die sich der „Heilung von der Homosexualität“ verschrieben haben. Offene Ohren finden diese Angebote inzwischen auch bei hauptamtlichen Mitarbeitern (vor allem bei einigen Jugendwarten) in erzgebirgischen Kirchengemeinden.

In fundamentalistischen Kreisen der Freikirchen und der evangelischen Kirche verkünden Organisationen wie „Wüstenstrom“ und „Christen in der Offensive“, dass sie Homosexuelle „umpolen“ könnten. Sie bieten „therapeutische Interventionen“ an, da in ihren Augen Homosexualität eine heilbare „Neurose“ ist. Mit fragwürdigen „Studien“ versuchen sie, die Minderwertigkeit der Homosexuellen zu beweisen und verbreiten nicht nur in ihren Kreisen homophobe Propaganda, um homosexuelle Christen zur „Umkehr“ zu bewegen. Die Initiative gaynial.net, die hiesige schwules lesbische Unigruppe, hat vom Studentenwerk bis hin zur Unileitung über den Sachverhalt informiert und gebeten, das Missionswerk nicht länger durch das Bereitstellen öffentlicher Räume und Sachmittel für derartige missionarische Tätigkeit

zu subventionieren. Leider wurden die Betroffenen zunächst mit ihren Befürchtungen nicht ernst genommen und sogar als „hetzende“ Störenfriede persönlich diffamiert, obwohl unabhängige Gutachten von Verbänden und Psychologen die Gefährlichkeit von „Umpolungsversuchen“ belegt hatten. Auch der LSVD wandte sich an die Institutionen der Uni, um auf den Ernst der Thematik hinzuweisen.

Erst durch eine Anfrage seitens der Grünen Landtagsfraktion wurde ein kritisches Bewusstsein in der Univerwaltung geschaffen. Leider will die sächsische Staatsregierung „Umpolungsaktivitäten gegen Homosexualität“ generell nicht bewerten. Der LSVD machte dem Sächsischen Wissenschaftsministerium deutlich, dass „für Homosexuelle allein das Angebot einer ‚Heilung‘ oder ‚Konversion‘ eine „Diskriminierung und Beleidigung darstellt.“

Da sich bei der Unigruppe und bei der HuK-Regionalgruppe einige christliche Opfer von „Umpolungsangeboten“ und Mobbing meldeten, die nun psychologische Hilfe benötigen, wird die Gruppe an der TU Chemnitz nicht ruhen, bevor solche Angebote aus der Universität verschwunden sind.

**Hartmut Rus**

## Rot-Rote Politik und Landtagswahlen 2006 in Mecklenburg-Vorpommern

**N**ach vier Jahren der rot-roten Regierung in Mecklenburg-Vorpommern steht fest, dass sich die Landesregierung nicht gerade für Lesben und Schwule eingesetzt hat. Obwohl schon der Koalitionsvertrag dieses Gesetzesvorhaben festschrieb, gelang es den Beteiligten erst am 27.06. in der letzten Sitzung vor der Sommerpause und der Landtagswahl im September, ein Anpassungsgesetz zum Lebenspartnerschaftsrecht im Landtag zu verabschieden.

### Erst einmal eine Mogelpackung ...

Der erste Entwurf der Regierung war diskriminierend. Eine rechtliche Gleichstellung erfolgte nur in Punkten, wo die Verwaltung daraus hätte Gebühren erzielen können – zum Beispiel in der Friedhofsverwaltungsvorschrift. Der Entwurf erwies sich als Mogelpackung!

Einzelne Abgeordnete der SPD- und der PDS-Fraktion, aber auch lesbisch-schwule Gruppen widersetzten sich dem vorgelegten Gesetzentwurf. Nach der Benennung eines LSVD-Beauftragten für Mecklenburg-Vorpommern konnten Gespräche mit der SPD aufgenommen werden. Bereits weit vor der öffentlichen Anhörung im Landtag, an denen

dann auch der LSVD beteiligt war, wurde das Innenministerium mehrfach, auch durch eine eingereichte Petition darauf hingewiesen, dass es auch anders geht. Zusammen mit dem Landesverband der Lesben und Schwulen Gaymeinsam e.V., dem Verein lesbischer u. schwuler Polizeibediensteter in M-V, der SPD- und PDS- Fraktion, gelang es trotz Gegenwehr der CDU im Land, nun das Gesetz im Sinne der Gleichstellung von Lesben und Schwulen auf Landesebene zu verändern. Alle geforderten Punkte, wie die Aufnahme verpartnerter Beamter in die Beihilfe des Landes, fanden sich in dem Gesetz wieder. Der ursprüngliche Entwurf der Landesregierung wurde hinfällig. Ein fortschrittliches Landesgesetz fand seinen Weg. Einzelheiten dazu auf der Homepage des LSVD: <<http://typo3.lsvd.de/393.0.html>>.

### ... dann ein fortschrittliches Gesetz

Wie sagt das Sprichwort: „Papier ist geduldig!“ Obwohl entsprechende Programme der Parteien eine Gleichstellung von Lesben und Schwulen in ihren Programmen vor 4 Jahren verankert hatten, sind es in Mecklenburg-Vorpommern einzelne Personen gewesen, die sich für Lesben und Schwule eingesetzt haben.

Im Zuge der bevorstehenden Landtagswahlen in M-V kann man daher keine eindeutige Empfehlung geben. Ausgenommen die CDU haben alle Parteien signalisiert, dass sie für eine weitere Gleichstellung von Lesben und Schwulen im Land eintreten wollen. Es lohnt sich daher, genau in den jeweiligen Parteiprogrammen nachzuschauen und sie auch zwischen den Zeilen zu lesen. Mehr zu den einzelnen Antworten auf die Wahlprüfsteine 2006 findet sich ebenfalls auf der Homepage ([www.lsvd.de](http://www.lsvd.de))

Die Entscheidung trifft jeder Wähler selbst! Geht zur Wahl und erteilt den rechtsradikalen Parteien im Land eine deutliche Absage und verhindert deren Einzug in den Landtag. Begeht keinen Selbstmord indem ihr denen eure Stimme gebt.

**Maik Exner-Lamnek**

## Neuer Anlauf in Sachsen

Am Sonnabend, dem 21. Oktober 2006, unternehmen die LSVD-Mitglieder in Sachsen, einen neuen Anlauf, einen aktiven Landesverband auf die Beine zu stellen.

Die Versammlung findet in Dresden statt und beginnt um 14.00 Uhr im Gerede e.V., Priessnitzstr. 18, 01099 Dresden.



**Auch in Frankfurt am Main: Die Ereignisse in Osteuropa sorgten in diesem Jahr für politischere Aktionen bei den Stadtfesten und Paraden zum Christopher Street Day.**

Foto: Marwin Merkel-Zurek

## Bundesverband

### LSVD Bundesgeschäftsstelle

Pipinstr. 7, 50667 Köln  
Postfach 10 34 14, 50474 Köln  
Tel.: (0221) 92 59 61 - 0, Fax: - 11  
Mail: lsvd@lsvd.de  
Internet: www.lsvd.de  
mit

### Projekt Regenbogenfamilien

Tel.: (0221) 92 59 61 - 16, Fax: - 11  
Mail: elke.jansen@lsvd.de  
Beratung: family@lsvd.de  
Internet: www.family.lsvd.de  
Hotline: 0221-92 59 61 26  
Mittwochs 17:00 bis 19:00 Uhr

### LSVD Pressestelle

Postfach 30 21 34, 10752 Berlin  
Tel.: (030) 789 547 - 78, Fax: - 79  
Mail: presse@lsvd.de  
mit

### Projekt Migrationsfamilien

Tel.: (030) 789 547 - 78, Fax: - 79  
r.rampf@lsvd.de

### LSVD Bildungswerk

Postfach 10 34 14, 50474 Köln  
Tel.: (0221) 92 59 61 - 0  
Mail: bildungswerk@lsvd.de

## Landesverbände

### LSVD Bayern

Hellmuth Pusch  
Hohenwaldeckstr. 24, 81541 München  
Tel.: (089) 21 58 76 - 20, Fax: - 21  
Mail: Bayern@lsvd.de  
Internet: www.bayern.lsvd.de

### LSVD Baden-Württemberg

Postfach 13 10 36, 70068 Stuttgart  
Tel.: (07946) 94 79 - 27, Fax: - 28  
Mail: ba-wue@lsvd.de  
Internet: www.ba-wue.lsvd.de

### LSVD Berlin-Brandenburg

Willmannsdamm 8, 10827 Berlin  
Tel.: (030) 22 50 22 - 20, Fax: - 21  
Mail: berlin@lsvd.de  
Internet: www.berlin.lsvd.de  
mit

### Projekt MILES

Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule  
www.miles.lsvd.de

### LSVD Hessen

Postfach 17 03 41, 60077 Frankfurt/Main  
Tel.: (069) 94 54 96 - 16, Fax: - 15  
Mail: hessen@lsvd.de  
Internet: www.hessen.lsvd.de

### LSVD Niedersachsen-Bremen

Postfach 3232, 49019 Osnabrück  
Tel. + Fax: (0700) 578 366 73  
Mail: nds-bremen@lsvd.de  
Internet: www.nds-bremen.lsvd.de

### LSVD Nordrhein-Westfalen

Pipinstr. 7, 50667 Köln  
Tel.: (0221) 92 59 61 - 0, Fax: - 11  
Mail LV NRW: nrw@lsvd.de  
Internet: www.nrw.lsvd.de

### LSVD Saarland

Mainzer Str. 44, 66111 Saarbrücken  
Postfach 10 28 01, 66028 Saarbrücken  
Tel.: (0681) 39 88 - 33, Fax: - 66  
Mail: info@checkpoint-sb.de  
Internet: www.checkpoint-sb.de

### LSVD Sachsen-Anhalt

Postfach 1906, 39009 Magdeburg  
Walter-Rathenau-Str. 31  
39106 Magdeburg  
Tel. + Fax: (0391) 543 25 69  
Mail: md-lsvd@gmx.de  
Internet: www.sachsen-anhalt.lsvd.de

### LSVD Schleswig-Holstein

Ziegelstr. 134, 23556 Lübeck  
Tel. + Fax: (0451) 798 21 21  
Mail: schleswig-holstein@lsvd.de  
Internet: www.schleswig-holstein.lsvd.de

## Ortsverbände

### LSVD Aachen-Euregio

c/o Erwin Krüger  
Südrstr. 16, 52064 Aachen  
Tel. + Fax: 0241) 400 93 08

### LSVD Köln

Pipinstr. 7, 50667 Köln  
Tel. und Fax: (0700) LSVDKOELN  
(0700) 578356356

Mail OV Köln: koeln@lsvd.de  
Internet: www.koeln.lsvd.de

mit

### Beratungsstelle für LGBT Migranten

Pipinstr. 7, 50667 Köln  
Telefon (02 21) 2 58 48 54  
Mail: fabian.spies@lsvd.de  
Beratung: beratung-koeln@lsvd.de  
und mit

### Rechtsberatung für LSVD-Mitglieder

(Erstberatung, telefonisch)  
Telefon (02 21) 2 58 48 54  
dienstags von 14:00 bis 16:00 Uhr  
Rechtsanwalt Harald Nuß und  
Rechtsanwältin Simone Huckert im  
wöchentlichen Wechsel

### LSVD Münster

Schaumburgstr. 11, 48145 Münster  
Tel.: (0251) 606 89 - 25, Fax: - 26  
Mail: info@lsvd-muenster.de

## ilse-Gruppen

### ilse – Initiative lesbischer und schwuler Eltern in Deutschland

Mail: ilse@lsvd.de  
Internet: www.ilse.lsvd.de

## Regionalgruppen (nach PLZ)

### ilse Sachsen

Isabelle Wey & Susanne Hampe  
Tel: (0341) 492 58 94  
Mai: ilse.sachsen@lsvd.de

### ilse Thüringen

Kathrin Reich  
Tel.: (0177) 142 95 14  
Mail: ilse.thueringen@lsvd.de

### ilse Berlin-Brandenburg und Projekt Regenbogenfamilien

Constanze Körner  
LSVD Berlin-Brandenburg  
Willmannsdamm 8, 10827 Berlin  
Tel.: (030) 22 50 22 20  
Mail: ilse-Berlin-Brandenburg@lsvd.de  
und familie@berlin.lsvd.de

### ilse HH

Susanne Chariner  
Tel.: (040) 609 54 76  
Mail: ilse.HH@lsvd.de

### ilse Nördl. Niedersachsen-Bremen

Petra Zemke-Bormann  
Tel.: (047 44) 90 56 39  
Mail: ilse.bremen@lsvd.de

### ilse Niedersachsen

Bettina Hennicke-Utgenannt  
Tel.: (05 11) 544 57 15  
Mail: ilse.niedersachsen@lsvd.de

### ilse Sachsen-Anhalt

Kerstin Hoffmann & Claudia Rook  
Mail: ilse.sachsen-anhalt@lsvd.de

### ilse Bergisches Land

Mail: ilse.Berg-Ruhr@lsvd.de

### ilse Mittelhessen

Elisabeth, H. C. Miersch  
Postfach 17 03 41 60077 Frankfurt/M.  
Tel.: (069) 94 54 96 16  
Fax.: (069) 94 54 96 15  
Mail: ilse.mittelhessen@lsvd.de

### ilse Saar

Markus Müller  
Tel.: (0 68 06) 44 07 30  
Margot Seibüchler  
Tel.: 0171 – 95 22 383  
Mail: ilse.Saar@lsvd.de

### ilse Süd (LesFam)

Postfach 13 10 36  
70068 Stuttgart  
Tel.: (07946) 94 79 27  
Fax.: (07946) 94 79 28  
Mail: ilse.lesfam@lsvd.de  
Internet: www.bw.lsvd.de

### ilse Stuttgart

Grit Kühne  
Tel.: (0 79 46) 94 79 27  
Mail: ilse.stuttgart@lsvd.de

### ilse Tübingen

Katrin Voigt  
Postfach 13 10 36  
70068 Stuttgart  
Tel.: (07946) 94 79 27  
Mail: ilse.tuebingen@lsvd.de

### ilse Karlsruhe

Karoline Jacobs-Howe  
Tel.: (0721) 933 89 40  
Mail: ilse.karlsruhe@lsvd.de

### ilse Freiburg

Martina Hocke & Gabi B. Moravcik  
Tel.: (07 61) 4 12 53  
Mail: ilse.freiburg@lsvd.de

### ilse Nordbayern

Mella Zeitner  
Tel.: (09 11) 366 90 81  
Mail: ilse.nordbayern@lsvd.de

## Jugend-Gruppen (nach PLZ)

### LSVD fresh Berlin

Willmannsdamm 8  
10827 Berlin

### LSVD fresh Kiel

c/o LSVD Schleswig-Holstein  
Ziegelstr. 134, 23556 Lübeck  
Tel.: (0431) 210 93 58  
Mail: heiko.palloks@lsvd.de

### Mixed Pickles

Halkettstr. 11, 30165 Hannover  
Tel.: (0511) 335 51 18  
Mail: info@mixed-pickles.net

### Turtles

Eulenstr. 5, 38114 Braunschweig  
Tel.: (0531) 233 51 93  
Mail: team@turtles-bs.de  
Internet: www.turtles-bs.de

### Come In

Walter-Rathenau-Str. 31  
39106 Magdeburg  
Tel. + Fax: (0391) 543 25 69  
Mail: comein.fresh@lsvd.de  
Internet: www.comein-fresh.lsvd.de

### Mosquitos

Braunschweiger Str. 23  
44145 Dortmund  
Tel.: (0231) 83 22 63  
Mail: mosquitos@kcr-dortmund.de  
Web: www.kcr-dortmund.de/mosquitos

### Revierjungs

Husemannstr. 39-41  
45879 Gelsenkirchen  
Tel.: (0163) 452 57 90  
Mail: team@schwul-ev.de  
Internet: www.schwul-ev.de

### Youngs

Schaumburgstr. 11, 48155 Münster  
Tel.: (0251) 606 89 - 25, Fax: - 26  
Mail: contact@youngs.de  
Internet: www.youngs.de

### Osnaboys

Postfach 32 52, 49022 Osnabrück  
Tel. + Fax: (0700) 67 62 26 97  
Mail: mail@osnaboys.de  
Internet: www.osnaboys.de

### LSVD fresh Köln

Pipinstr. 7, 50667 Köln  
Tel.: (0221) 258 48 54  
Mail: fresh-koeln@lsvd.de  
Internet: www.fresh-koeln.lsvd.de

### Hotpänz

Am Frankenbad 5, 53111 Bonn  
Mail: info@hotpaenz.de  
Internet: www.hotpaenz.de

### MZGay

c/o Makallo  
Trierer Str. 51, 66663 Merzig  
Tel. (06861) 82 03 49  
Internet: www.mzgay.de

### LesBiSchwule Jugendgruppe

Münzgasse 29, 78462 Konstanz  
lesbischwule-jugendgruppe@web.de

### RainbowStars

Postfach 2102, 79511 Lörrach  
Mail: mail@rainbowstars.de  
Internet: www.rainbowstars.de

## Migranten-Gruppen

### TürkGay & Lesbian LSVD

Bundeskoordinator: Bali Saygili  
Mail: b.saygili@lsvd.de  
Internet: www.tuerkgay.com

### TürkGay & Lesbian BaWü

c/o LSVD Baden-Württemberg  
Postfach 13 10 36, 70068 Stuttgart  
Mail: tuerkgay-bawue@lsvd.de

**TürkGay & Lesbian Berlin**

c/o LSVD Berlin-Brandenburg  
Willmannsdamm 8, 10827 Berlin  
Tel.: (030) 789 54 773  
Mail: tuerkgay-berlin@lsvd.de

**TürkGay & Lesbian NRW**

c/o LSVD NRW, Pipinstr. 7, 50667 Köln  
Tel.: (0221) 92 59 61 - 0  
Mail: post@tuerkgay.com

**ERMIS**

Die griechische lesbisch-schwule  
Gemeinschaft im LSVD  
Internet: www.ermis.de

**ERMIS Berlin**

c/o LSVD Berlin-Brandenburg  
Willmannsdamm 8, 10827 Berlin  
Tel.: (030) 22 50 22 20  
oder: (030) 49 90 70 84 (Harry)  
Mail: ermis-berlin@lsvd.de

**ERMIS Frankfurt**

Takis: Tel.: (06151) 48 00 29 92, mobil:  
(0171) 28 67 549  
Eleni: Tel.: (06151) 50 10 40, mobil:  
(0177) 451 78 73  
Mail: greekgay.frankfurt@ermis.de  
Mail: greeklesbian.frankfurt@ermis.de

**ERMIS Leipzig**

Tel.: (03727) 96 98 60  
Mail: greekgay.leipzig@ermis.de  
Mail: greeklesbian.leipzig@ermis.de

**ERMIS München**

c/o Sub, Müllerstr. 43, 80469 München  
Tel.: (0172) 186 35 76  
Mail: greekgay.muenchen@ermis.de  
Mail: greeklesbian.muenchen@ermis.de

**ERMIS NRW**

c/o LSVD NRW, Pipinstr. 7, 50667 Köln  
Tel.: (0221) 92 59 61 - 0  
Mail: greekgay.koeln@ermis.de (Nikos)  
greeklesbian.koeln@ermis.de (Eleni)

**ERMIS Stuttgart**

c/o LSVD Baden- Württemberg  
Postfach 13 10 36, 70068 Stuttgart  
Pantelis Botsas, Tel.: (0172) 879 97 09  
Mail: greekgay.stuttgart@ermis.de Mail:  
greeklesbian.stuttgart@ermis.de

**ERMIS Athen**

c/o Kyriakos Karapetros,  
Tel.: 0030 2108810004  
oder: 0030 6942490506  
Mail: greekgay.athina@ermis.de

**ERMIS Paris**

c/o Georgios  
Tel.: 0033 - 6-67184675  
Mail: greekgay.paris@ermis.de

**SOYUZ**

c/o LSVD, Pipinstr. 7, 50667 Köln  
Tel.: (0221) 92 59 61 - 0  
Mail: soyuz@lsvd.de

# Was tun, wenn Ü mit schwul ist?

## Social Justice in Theorie und Praxis

INTERVIEW MIT BIRGIT ROMMELSPACHER

**S**eit Januar 2005 hat der Familien- und Sozialverein des LSVD einen neuen Schwerpunkt. „Homosexualität als Thema in Migrationsfamilien“ ist der Name des vom Bundesfamilienministerium unterstützten Projektes. In Kooperation mit Multiplikatoren der Familienbildung und -Beratung werden Methoden der Aufklärung und Sensibilisierung zum Thema Homosexualität entwickelt. Mehrere Dutzend Aufklärungsveranstaltungen für Väter und Mütter mit Migrationshintergrund sind inzwischen in Berlin durchgeführt worden. Eine Ausweitung auf Bundesebene ist geplant. Respekt sprach mit der Professorin für Psychologie, Interkulturalität und Geschlechterstudien, Prof. Dr. Birgit Rommelspacher, die als Mitglied des wissenschaftlichen Beirates das Projekt begleitet.

*respekt!:* Frau Prof. Dr. Rommelspacher, Sie sind Mitglied im Beirat des LSVD Projektes „Homosexualität in Migrationsfamilien“. Warum unterstützen Sie das Projekt?

Prof. Dr. Rommelspacher: Ich finde das ein spannendes Projekt, weil es zum einen um die Rechte von Lesben und Schwulen geht und zum anderen dabei zugleich auch das Verhältnis zwischen Mehrheit und ethnischen Minderheiten in unserer Gesellschaft verhandelt wird. Und das macht die Sache besonders brisant.

*Die kontinuierliche Begleitung durch den Beirat soll den Austausch zwischen Theorie und Praxis gewährleisten. Worin sehen Sie Ihre Aufgabe?*

Zum Thema Homosexualität in Migrantenfamilien gibt es fast keine Forschung – allenfalls zur Bedeutung von Homosexualität in verschiedenen Kulturen. Insofern

kann man in dem Fall nicht einfach auf Ergebnisse zurückgreifen und die zusammen mit Fachleuten aus der Praxis diskutieren, sondern es müssen Analysen aus den verschiedenen Bereichen zusammengetragen werden wie aus der gender- und queerforschung, aus der Rassismus- und Migrationsforschung. Oder in Bezug auf Interventionsstrategien geht es hier vor allem um diversity und social justice Konzepte; d.h. also um Ansätze, die versuchen unterschiedliche Diskriminierungsformen gleichzeitig zu sehen und die Menschenrechte für alle gleichermaßen durchzusetzen.

*Wir hören in unseren Aufklärungsveranstaltungen oft „Über Homosexualität spricht man bei uns nicht.“ Oder sogar Sätze wie: „So etwas gibt es in unserer Kultur nicht.“ Wie ist angesichts solcher Tabuisierung die Anforderung nach einer kultursensiblen Pädagogik zu verstehen?*

Man muss solche Tabuisierungen auf alle Fälle ansprechen und bearbeiten und z.B. fragen, welche Funktion sie in der kulturellen Gemeinschaft haben und wer welchen Preis dafür zahlen muss. Am besten spricht man das auf der persönlichen Ebene an und fragt, wie man jeweils gelernt

### Prof. Dr. Birgit Rommelspacher

*Professorin für Psychologie mit Schwerpunkt Interkulturalität und Geschlechterstudien an der Alice-Salomon-Hochschule, Berlin. Sie begleitet das Projekt Migrationsfamilien als Mitglied des wissenschaftlichen Beirates*



hat, das Thema zu meiden oder als „unangenehm“ zu empfinden und welche Gründe das gehabt haben könnte. Um dabei kompetent vorzugehen, müssen die PädagogInnen nicht nur ein Grundwissen über unterschiedliche Lebenszusammenhänge haben, sondern auch sich ihrer eigenen Verankerung in einem bestimmten kulturellen und sozialen Milieu bewusst sein und bereit sein, sich selbst auch irritieren zu lassen.

*„Was tun, wenn Ümit schwul ist?“ So lautet eine der Fragen, die das Projekt in Rollenspielen mit Müttern und Vätern aus Migrationsfamilien diskutiert. Stellt sich diese Frage für Eltern mit muslimischem oder russischem Hintergrund anders als beispielsweise für eine Familie aus Zehlendorf?*

Auch eine Familie aus Berlin-Zehlendorf kann einen türkischen oder russischen Hintergrund haben. Sie meinen wahrscheinlich eine Familie deutscher Herkunft und sprechen mit der „besseren“ Wohngegend zugleich ihre soziale Lage an. Ich denke, dass es in der pädagogischen Arbeit genau darauf ankommt, diese unterschiedlichen Faktoren zu sehen, wie etwa die sozial-ökonomische Lage, den kulturellen Hintergrund oder die Migrationssituation sowie religiöse oder politische Einstellungen.

*Was heißt das konkret?*

In dieser Arbeit mit den Eltern geht es ja darum heraus zu arbeiten, was die Ursachen ihrer homophoben Einstellungen sind und welche Funktion sie für die einzelnen haben: Für den einen steht die persönliche Abwehr im Vordergrund, für den anderen sind es religiöse Überzeugungen, für andere wiederum spielt das soziale Ansehen eine große Rolle oder aber die Vorstellung von Familie und Familienzusammenhalt. Ebenso kann ein Misstrauen gegenüber der Mehrheitsgesellschaft ausschlaggebend sein oder aber einfach Unwissenheit und Unvertrautheit.

*Was halten Sie davon bei Migranten, die deutsche Staatsbürger werden wollen, zu prüfen, wie diese auf ein Outing des Sohnes reagieren würden? Glauben Sie, dass die Akzeptanz von Homosexuellen ein Indikator für Integration sein kann?*

Ich frage erst einmal Integration wo hinein? In eine homophobe Gesellschaft? 70 % der deutschen Eltern haben Schwierigkeiten die Homosexualität ihrer Kinder zu akzeptieren. Insofern finde ich es eine Vortäuschung falscher Tatsachen, wenn mit einem solchen Fragebogen unterstellt wird, dass die Akzeptanz in Deutschland gang und gäbe wäre. Ich finde diesen Fragebogen ein sehr gutes Beispiel für die Projektion der eigenen Homophobie nach außen, auf die „Fremden“.

Das heißt nicht, dass es nicht auch starke homophobe Tendenzen in vielen Migranten-communities gibt, und dass diese angegangen werden müssen. Mit der Forderung nach Zurückweisung von Einbürgerungswilligen macht man es sich allerdings sehr einfach. Man wählt den leichtesten Weg, nämlich gegenüber den Menschen, die in der schwächsten Position sind. Normalerweise ist der Kampf gegen Homophobie, wie Sie das ja am besten wissen, ein mühseliges Geschäft mit tagtäglicher Kleinarbeit, mit Aufklärung, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit etc. Nun taucht plötzlich eine Möglichkeit auf, das Problem per Verfügung ganz einfach lösen zu können.

Insofern beruhigt das wohl vielmehr das Gewissen der Mehrheitsgesellschaft, als dass es eine effektive Maßnahme zur Bekämpfung von Homophobie wäre. Zudem ändert das ja nichts an der Situation der anderen MigrantInnen, die hier leben. Sie können diese Funktionalisierung von Homosexualität für politische Steuerungsbedürfnisse als einen Affront gegen sich verstehen.

*Sie halten solche Tests für kontraproduktiv?*

Ich denke, eine solche Maßnahme muss in Bezug auf ihre verschiedenen Auswirkungen hin überdacht werden, wie das im Konzept der social justice auch gefordert wird, nämlich zu fragen, in welcher Hinsicht fördert eine bestimmte Situation Gerechtigkeit und soziale Gleichheit und in welcher Hinsicht nicht. Das heißt, mit dem Einbürgerungstest können vielleicht einzelne Menschen mit homophoben Einstellungen zurückgewiesen werden, zugleich wird aber die ethnische Diskriminierung verstärkt, da hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Die alteingesessenen Deutschen müssen sich bekanntlich auch keinem Homophobie-Test unterziehen. Im Gegenteil, im Konkordat mit der katholischen Kirche verpflichtet sich der Staat z. B. die Auffassungen der Katholiken zu schützen, auch wenn die katholische Morallehre sie darauf verpflichtet, sich gegen Ehescheidung, Abtreibung und Homosexualität zu stellen. Der Einbürgerungstest kann also in einer bestimmten Hinsicht sinnvoll sein, in einer anderen jedoch schädlich, was gegeneinander abgewogen werden muss. Dabei ist auch zu fragen, welche Auswirkungen er auf die Mehrheitsgesellschaft hat, und da befürchte ich, dass er nationalistischen Abschottungsphantasien Vorschub leistet und zudem die Illusion nährt, man könnte mit repressiven Maßnahmen eine liberale Gesellschaft schaffen.

*Das Interview führte Renate H. Rampf*



## Die ilse im

Wie ein Zauberwald mit Teich, Wiesen und herrlichem Sonnenschein - so kam es einigen Regenbogenfamilien der Initiative lesbischer und schwuler Eltern (ilse) aus Berlin-Brandenburg vor, als sie in diesem Jahr erstmalig auf dem Frauencampingplatz Campinski im Fläming südwestlich von Berlin ein ilse-Camp starteten. Zwischen 5. und 14. Juli hatten sich 9 Familien mit 15 Frauen und 17 Kindern auf den Weg gemacht, um gemeinsam Zeit zu verbringen und Erholung zu finden. An den ersten fünf Tagen war Constanze Körner vom Projekt Regenbogenfamilie des LSVD Berlin-Brandenburg mit dabei, um vor allem Angebote für die Kinder zu koordinieren. Dabei entstand unter anderem ein interaktives Theaterstück „PINKKÄPCHEN IM ZAUBERWALD“, welches die Kinder im Alter zwischen 6 und 13 Jahren mit viel Phantasie, Kostümen und lustigen Texten inszenierten. So wuchsen die Kinder in dieser Zeit zu einer tollen Gemeinschaft zusammen, was unverzüglich zu Verabredungen für die nächsten Sommerferien führte. Trotz Fußballweltmeisterschaft, die auf dem





## Zauberwald

Campingplatz per Großbildleinwand mitverfolgt werden konnte, organisierten die ilse-Frauen weitere Aktivitäten. Es wurde gebadet, gemeinsam gekocht und gegessen, gesungen, gegrillt, gespielt, die Kinder konnten auch Perletiere anfertigen. Die Künstlerin Claudia Waidt stellte mit den Eltern und Kindern per Siebdruck eigene ilse-T-Shirts her. An einem ganzen Tag wurden Schablonen geschnitten und T-Shirts gedruckt. Die Ergebnisse waren dann beim Lesbisch-Schwulen Straßenfest zu sehen, wo das ilse-Camp seinen Abschluss am Stand des LSVD Berlin-Brandenburg fand. Gut erholt haben die ILSE-Familien beschlossen, sich im nächsten Jahr zu Beginn der Berliner Sommerferien wieder auf Campinski ([www.campinski-fraucamping.de](http://www.campinski-fraucamping.de)) zu treffen mit dem Anliegen, dass auch andere ilse-Gruppen aus Deutschland dazu kommen können, um neue Kontakte mit Regenbogenfamilien zu schließen. Kontakt: Constanze Körner, [familie@berlin.lsvd.de](mailto:familie@berlin.lsvd.de)

**Constanze Körner, Projektleiterin  
Regenbogenfamilien im LV Berlin-Brandenburg**



# Eltern werden ist nicht schwer

Wege ins Familienleben  
Leibliche Kinder

VON ELKE JANSEN

**A**llein in Deutschland wachsen derzeit Tausende Kinder in Regenbogenfamilien auf. Die Mehrheit dieser Kinder stammt aus vorangegangenen heterosexuellen Beziehungen. Zunehmend entscheiden sich heute Lesben und Schwule auch nach ihrem Coming Out für eigene Kinder.

In der letzten Ausgabe von *respekt!* war „Adoption und Pflegefamilien“ unser Thema. Heute geht es um die Verwirklichung des Kinderwunsches durch leibliche Kinder. Bei dieser Form der Familienrealisation haben Lesben rechtlich einen Vorteil, den „Gebär-Vorteil“. In Deutschland ist eine Leih- oder Ersatzmutterchaft, d.h. die Übernahme einer Schwangerschaft im Auftrag, gesetzlich nicht zulässig. Für schwule Männer stellt sich die Frage nach einem leiblichen Kind vorrangig im Kontext einer „Queerfamily“, in der sie mit einer lesbischen Frau oder einem lesbischen Paar gemeinsam ihren Kinderwunsch verwirklichen.

### Queerfamily

Beim „Modell“ der Queerfamily, wie es in Amerika in den 90er Jahren in der homosexuellen Gemeinschaft speziell an der Westküste Zulauf hatte, können die individuelle Vorstellung der Einzelnen von der Partizipation an der späteren Erziehung sehr unterschiedlich sein. Das Ausmaß der „nachgeburtlichen Beteiligung“ der schwulen Väter kann je nach Wunsch von Null bis hin zu einer 100%igen sozialen oder auch rechtlichen Vaterschaft reichen. Ein schwuler Mann kann „nur“ daran interessiert sein, als Samenspender zu fungieren oder im Notfall als sozialer Vater einzuspringen. Es kann aber auch eine Familienkonstellation angestrebt werden, in der das Kind zwei Väter und zwei Mütter sein eigen nennen kann bis hin zu einem Heim

mit zwei Doppelhaushälften. In Deutschland steckt diese Form der Familienrealisation noch in den Kinderschuhen, und die Suche nach passenden Paaren gestaltet sich mitunter schwierig.

### Heterologe Insemination

Zunehmend entscheiden sich lesbische Frauen für ein eigenes leibliches Kind durch heterologe Insemination mittels Spendersamen. Diese Kinder werden meist in lesbischen Beziehungen geboren und wachsen in ihnen auf. Hier müssen viele Entscheidungen getroffen werden auf dem Weg zur Schwangerschaft.

### Private Spender

So stellt sich z.B. die Frage nach der „Samenquelle“. Als Samenspender ziehen einige Frauen einen Bekannten oder Freund einer Spende von der Samenbank vor. Diesen lesbischen Müttern ist es häufig besonders wichtig, dass ihr zukünftiges Kind im Falle eines befreundeten Samenspenders mit ihm unkompliziert in Kontakt sein kann, wenn es den Wunsch hat und wenn der Samenspender einverstanden ist.

### Stiefkindadoption

Seit dem 1. Januar 2005 können lesbische Co-Mütter oder schwule Co-Väter leibliche Kinder ihrer eingetragenen Lebenspartnerin oder ihres eingetragenen Lebenspartners als Stiefkind adoptieren (§ 9 Abs. 7 LPartG). So können im Falle einer „lesbischen Familie“ die leiblichen Kinder, die durch Samenspenden entstanden sind, rechtlich zwei Mütter bekommen. Denn durch diese Adoption erhält die Stiefmutter oder der Stiefvater rechtlich die gleiche Stellung wie ein leiblicher Elternteil mit allen Rechten und Pflichten

wie Sorgerecht und Unterhaltsverpflichtung. Hierdurch wurde nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Verringerung der Schutzlücken von Kindern in Regenbogenfamilien geleistet und zur Anerkennung schwul-lesbischer Familienwirklichkeit, sondern auch zur Rechtssicherheit potentieller Samenspender. Die Stiefkindadoption stellt sicher, dass für den Samenspender aus seiner „Vaterschaft“



## „Kinder in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften“

### Bundesjustizministerium vergibt Forschungsauftrag

Das Bundesjustizministerium wird ein Forschungsvorhaben zur Situation von Kindern in Regenbogenfamilien in Auftrag geben. Die Untersuchung soll noch in diesem Jahr beginnen und sich rechtlichen, statistischen und sozialpsychologischen Fragen widmen. Erforscht werden sollen zudem Unterschiede im Erziehungsverhalten, die Art der Beziehungen der Kinder zu dem außerhalb der homosexuellen Partnerschaft lebenden leiblichen Elternteil sowie die Formen und Auswirkungen möglicher Stigmatisierungen. Den Schwerpunkt dieser ersten groß angelegten Studie über Regenbogenfamilien in Deutschland soll die Befragung von Betroffenen bilden.

Auf die Ausschreibung vom 13. April haben bis zur Abgabefrist am 15. Juni 2006 sechs Bewerbergruppen reagiert. Die eingegangenen Exposé unterscheiden sich bezüglich des methodischen Vorgehens, der inhaltlichen Schwerpunkte und der geplanten Mengengrößen erheblich. Die Entscheidung wird nach Auskunft des Ministeriums daher nicht allein nach Maßgabe der Preiskalkulation erfolgen. Um eine differenzierte Beurteilung zu gewährleisten, werden derzeit die Fachreferate des Bundesfamilienministeriums hinzugezogen. Eine Entscheidung durch die Bundesministerin für Justiz, Brigitte Zypries, ist Ende September zu erwarten.

**Renate H. Rampf**

z.B. keine Unterhaltsansprüche des Kindes bzw. der Sozialbehörden erwachsen, falls das Kind später einmal materiell bedürftig werden sollte.

### Samenbank

Einige Frauen scheuen vor einer privaten Lösung zurück, weil sie z.B. Angst haben, dass ein bekannter Spender vielleicht entgegen vorheriger Selbsteinschätzung und Absprachen späte „Vatergefühle“ entwickelt und Ansprüche geltend macht im Kontext von Besuchs- und Umgangsrecht. In diesem Fall neigen sie eher dazu, auf die Dienstleistungen einer Samenbank zurückzugreifen. Hier ist sowohl die Nichteinmischung des Samenspenders als auch die medizinische Unbedenklichkeit des Spermias gesichert. Andere Frauen müssen auf die Dienste einer Samenbank zurückgreifen, wenn kein privater Samenspender bekannt ist.

In Deutschland gibt es keinen Rechtsanspruch auf Zugang zu Samenbanken für nicht verheiratete Frauen (eingetragene Lebenspartnerschaften gelten rechtlich nicht als verheiratet!). So entscheiden inländische Samenbanken selbst, ob sie an Lesbenpaare Spermias abgeben. In den letzten Jahren sind deutsche Samenbanken zunehmend bereit, mit lesbischen Paaren zusammenzuarbeiten, wenn sie in eingetragenen Lebenspartnerschaften leben und eine gynäkologische Begleitung sicherstellen können. Neben inländischen gab es immer schon die Möglichkeit ausländische Samenbanken zu nutzen. Die Niederlande waren bereits in den 90er Jahren eine beliebte „Anlaufstelle“ für lesbische Frauen mit Kinderwunsch. Das zukünftige Kind hat im Falle einer Samenspende in Form einer Yes-Spende ab einem bestimmten Alter die Möglichkeit, zu erfahren, wer sein genetischer Vater ist. In Deutschland gibt es in Samenbanken – wie auch seit kurzem in den Niederlanden - ausschließlich Yes-Spenden.

### Gynäkologische Begleitung

Neben der Frage nach dem „Ursprung des Samens“ beschäftigt werdende lesbische Mütter ebenso wie heterosexuelle Schwangere die Frage nach einer guten gynäkologischen Begleitung. Diese Suche gestaltet sich für Lesben häufig recht schwierig, denn „gut“ bedeutet heute auch immer noch mit einer „guten Portion zivilem Ungehorsam“ ausgestattet. Eingetragene Lebenspartnerschaften stehen hinsichtlich ihrer Verbindlichkeit in nichts klassischen Ehen nach und die Möglichkeit zur Stiefkindadoption bietet leiblichen Kindern aus Regenbogenfamilien eine vorteilhafte rechtliche Sicherung. Natur-

lich ist es in Deutschland gesetzlich auch nicht strafbar, eine lesbische Frau bei einer heterologen Insemination zu unterstützen. Und doch ... Während im Juni 2006 in Dänemark lesbische Partnerinnen und allein stehende Frauen einen Anspruch auf künstliche Befruchtung in öffentlichen Krankenhäusern eingeräumt wird, erklärt die deutsche Bundesärztekammer in der zeitgleich veröffentlichten Novelle der „Muster-Richtlinien zur Durchführung der assistierten Reproduktion“ weiterhin eine Unterstützung lesbischer Frauen bei einer heterologen Insemination für standesrechtlich unzulässig.

### Welche von uns?

Spätestens wenn alle Planungsentscheidungen getroffen wurden und die „Logistik“ steht, stellt sich häufig die Frage: „Welche von uns?“ - oder genauer - „Welche von uns zuerst?“ Wenn beide Frauen sich gut vorstellen können, leibliche Mütter zu werden, gilt das „Alter“ als Privileg.

Summa summarum ist so vieles zu entscheiden, dass böse Zungen behaupten, so manch „eine von“ uns hätte „unbemerkt“ das gebärfähige Alter verlassen, bevor die Schwangerschaft in allen theoretischen Details geklärt gewesen wäre. Wenn diese Form der Familiengründung „jedoch“ gelingt, handelt es sich im besten Sinne um eine erwünschte Schwangerschaft.

### Noch etwas zum Weiterschmökern:

Scherwald, Corinna (2005). Sag mal, wer ist denn die Frau neben deiner Mutter? Norderstedt: Books on Demand.

Schindler, Nina (2003). Väter und Söhne. München u. a.: Omnibus TB Verlag

Toevs, Kim & Brill Stephanie (2002). The Essential Guide to Lesbian Conception, Pregnancy and Birth. Los Angeles & New York: Alyson Books.

Springer, Sonja (2006). Phöbe in der neuen Schule. sontje „Regenbogenbüchlein“. Bilderbuch im Selbstverlag, Bezug via Mail sontje1(at)gmx.de

### Wer nähere Informationen sucht:

Projekt „Regenbogenfamilien“, Onlineberatung per Mail: family@lsvd.de, Beratungshotline: 0221-92 59 61 26, mittwochs 17:00-19:00 Uhr

### Dr. Elke Jansen,

*Psychologin und Psychotherapeutin, engagiert sich seit 2002 für die Anliegen von lesbischen Müttern, schwulen Vätern und ihren Kindern als Leiterin des Projektes „Regenbogenfamilien“ im LSVD.*





# Verwandtschaft machen

## Ein ethnographisches Forschungsprojekt

VON SABINE HESS

Klaus hat es eilig auf seinem Fahrrad. Quer durch die Stadt mit einem wertvollen Päckchen an der warmen Brust ist er auf dem Weg zu Freundinnen. Er hat gelesen, dass die Qualität seiner Spermien nach 10 Minuten rapide abnimmt. Es ist mittlerweile der siebte Zeugungsversuch und er will, dass es endlich klappt. Heute morgen hatte ihn das Telefonat erreicht, dass der fruchtbare Tag wieder gekommen war. Er hatte wieder einige Termine umlegen müssen, um dem Ruf spontan folgen zu können: zu Hause sich einige ruhige Minuten zum Onanieren zu gönnen und dann mit der frischen Samenpost zu Nikola und Petra zu fahren. Mittlerweile war es zwar eine Routinehandlung, doch immer noch etwas mit Peinlichkeit besetzt.

Als er vor einem Jahr zaghaft von dem befreundeten Lesbenpaar angesprochen wurde, ob er sich vorstellen könne, ihnen mit Samen auszuweichen, hatten sie sich den Zeugungsvorgang und das anschließende Donor-Vater-Verhältnis befreundet doch distanziert gewünscht. Und ihm war es recht, dass er zwar kein Unbekannter für den kommenden Spross sein würde. Doch ein verantwortliches und engagierteres soziales Verhältnis, welches den Namen Vaterschaft verdiene, wünschte er sich zumindest zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Viele von den Gründungsgeschichten von Regenbogen-Familien in Deutschland sind nach ähnlichem Muster gestrickt, die wir in unserem vierjährigen Forschungsprojekt über Praktiken des Verwandtschaftsbauens mitverfolgen konnten. Dabei geht das Forschungsprojekt „Kulturen der Zusammengehörigkeit im Kontext sozialer und reproduktionsmedizinischer Transformationsprozesse“ an der Humboldt Universität ([http://www.representationen.de/site/lang\\_de/3868/default.aspx](http://www.representationen.de/site/lang_de/3868/default.aspx)) von der Beobachtung aus, dass Verwandtschaftsbeziehungen ob homo- oder heterosexuell zuneh-

mend gestaltbarer werden bzw. zunehmend auf technisch-soziale Hilfsmittel zurückgreifen – aber auch angesichts zunehmender Infertilitäts- und Zeugungsprobleme beispielsweise aufgrund des vorgerückten Alters zurückgreifen müssen.

Insofern untersuchen wir Regenbogen- und Queer-Familien, die im low-tech Verfahren zu Hause oder über den medizinisch-assistierten Weg zum Kind kamen genauso wie heterosexuelle Paare, die den Weg der Adoption oder der technischen Assistenz gegangen sind. Dabei lassen sich zunehmend viele uneindeutige Fälle feststellen, die weder eindeutig hetero(o)- noch homosexuelle Beziehungen leben bzw. diese klar nach Liebes- und Sexualpartnerschaft und Kinds-Partnerschaft trennen.

Mit dieser Herangehensweise, die nach den sozialen Praktiken und Deutungen des Verwandtschaftsbauens fragt und nicht von den Kategorien aus das Sample baut, umgehen wir die konzeptionelle Falle vieler Forschungen zu Regenbogen- und Queer-Familien, die diese nach Gleichheits- bzw. Differenzgesichtspunkten in Relation zu heterosexuellen Familien abklopfen. Uns interessieren vielmehr Fragen nach dem neuen-alten kulturellen und sozialen Kitt und den Praktiken der entstehenden Beziehungsverhältnisse, wenn diese nicht mehr – wie bis heute gängigerweise Verwandtschaft verstanden wird – auf Blut und Tinte, also auf biologisch-genetische Abstammung und rechtliche Codifizierung aufbauen (können bzw. wollen). Dabei wird der sogenannten Blutsbande auch sozial generierende Kraft zugeschrieben, nämlich unhinterfragte Solidarität zu stiften.

Dieses relativ junge, erst in der Moderne entstandene biologisierte Verwandtschaftsverständnis ist dennoch tief sedimentiert und aufs engste verknüpft mit hegemonialen Vorstellungen der Heteronormativität.

Nicht anders sind derartige Vorbehalte gegenüber dem neuen Babyboom bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zu verstehen, die eine „natürliche“ Entwicklung gleich „bessere Entwicklung“ der Kinder setzen und diese in – unnatürlichen - homosexuel-

len Familien gefährdet sehen (vgl. taz 15/16.Juli 2006).

Dabei nehmen „unnatürliche“, sprich entweder technisch assistierte oder soziale Modelle des Familienbauens zu, die mit Formen gespaltener, sozialer, pluralisierter und transnationalisierter Elternschaft experimentieren und permanent mit neuartigen Entscheidungsanforderungen konfrontiert sind. Dabei deuten die bisherigen Interviews mit Homo-Paaren und Samenspendern darauf hin, dass der Weg der offenen Donorschaft und nicht Samenbank favorisiert wird, da der gesellschaftliche Wert, dass ein Kind seinen biologischen Vater kennen solle, geteilt wird.

Zudem nahmen sie alle von Annoncen und Zufallsbekanntschaften abstand, da sie dies zu sehr als marktähnliches Auswahlverhältnis empfanden. Andererseits gestaltete sich auch die Auswahl eines bekannten Samenspenders, was meist ein schwuler Freund sein sollte, schwierig. Neben Fragen von Sympathie und Vertrauen, um den doch peinlichen Zeugungsweg beschreiten zu können, kam vor allem der Bestimmung der zukünftigen Donor-Vater-Rolle eine große Bedeutung zu. Dabei wünschten sich die meisten einen zurückhaltenden Donor-Vater. Schwule Männer, mit denen wir sprachen, wollten sich dagegen nicht auf die Rolle eines „Samenlieferanten“ reduzieren lassen.

Auf jeden Fall erforderte das Experiment mit drei bzw. vier Eltern, mit unterschiedlichen Graden von partizipierenden Vaterrollen und der dritten Rolle der Co-Mutterschaft, die hierzulande neu entwickelt werden muss, intensive kommunikative und Vertrauens-Arbeit so wie neue Formen von care-work im Dreier- oder Vierer-Verhältnis. Auch die Choreographie des technisch vermittelten Zeugungsaktes, ob low- oder high-tech, demonstriert, dass die Akteure selbst über ein hohes Maß an medizin-biologischem Wissen und Anwendungskompetenz verfügen, zum technischen Prozedere stehen, ja gar in der Reproduktionsmedizin eine Entlastung sehen.

Und dennoch wird in kleinen und feinen Praktiken und Gesten Privatheit in den technischen Vorgang zurückgeholt und Intimität inszeniert. Die Gespräche deuten auch darauf hin, dass dies teilweise ein mühevoller und höchst emotionaler Balanceakt darstellt und die Akteure bis an ihre körperlichen Grenzen gehen.

Auch wenn die Akteure gesellschaftlich hegemoniale Vorstellungen beispielsweise von „guter Mutter- und Vaterschaft“ in ihren Versuchen, Normalität zu leben, reproduzieren und in Akten von Überidentifikation verstärken, scheint auch das Normal-Verwandtschaftsverhältnis der Moderne ein Auslaufmodell zu sein. Dabei können nur Langzeitforschungen herausfinden, welche sozial kulturellen Effekte – auch für die Kinder - die Trennung von Sexualität, Zeugung, anschließender Elternschaften und Liebesbeziehungen mit sich bringt.



### Dr. Sabine Hess,

geb. 1969, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität Berlin im Forschungsprojekt „Verwandtschaftskulturen und Reproduktionstechnologien“.

## Machismo ist eine grundlegende Bedingung für Ausgrenzung



*respekt! Im nächsten Jahr wird das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen gebaut. Mit Ihrem Entwurf greifen Sie die Formen des Eisenmännchen Denkmals gegenüber auf und füllen diese Form mit einem spezifischen Inhalt. Erklärt sich das Denkmal so von allein?*

Mit dem Anklang an die Stelen Eisenmännchen haben wir uns entschlossen, mit der Symbolsprache des bereits vorhandenen jüdischen Denkmals zu arbeiten, die einer breiten Öffentlichkeit bereits bekannt ist und von ihr auch verstanden wird. Diesem Symbolismus stellen wir im Inneren unserer Stele eine direktere und intimere Darstellung von Homosexualität zur Seite. Zum einen haben alle Verfolgten Gruppen die Gemeinsamkeit einer tragischen Geschichte, aber gleichzeitig hat jede Gruppe ihre eigenen spezifischen kulturellen Wurzeln und Wünsche. Es war uns von Anfang an wichtig, in unserer Arbeit eine einfache und in die Zukunft gerichtete Vorstellung homosexueller Liebe in diese Arbeit zu integrieren. Es ist auch heute noch so wenig davon sichtbar im öffentlichen Raum, daher dachten wir, es ist besonders wichtig, die eher symbolische und konzeptuelle Seite des Denkmals mit etwas Ausdrucksstärkern zu kombinieren.

*Welche Reaktionen haben Sie von Schwulen und Lesben auf Ihren Entwurf bekommen?*

In der Gesamtschau waren die Reaktionen positiv, aber natürlich ist die Lesben- und Schwulenszene so vielfältig wie jede andere Szene, und es ist unmöglich, den Bedürfnissen und Wünschen aller nachzukommen. Wir hatten bisher zwei öffentliche Veranstaltungen zu dem Entwurf. Dabei ist klar geworden, dass wir eine Informationstafel hinzufügen müssen, die präzise und historisch korrekt die entscheidenden Fakten aufzählt, die der Verwirklichung eines solchen Denkmals zu Grunde liegen.

In diesem Text werden sowohl Paragraph 175, der gegen die männliche Homosexualität gerichtet

war, als auch die Situation der Lesben im Nazi-Regime explizit benannt.

Auch gab es den Wunsch nach einem öffentlichen Versammlungsort rund um das Denkmal, aber die meisten Leute stimmten zu, dass eine Parklandschaft wie der Tiergarten bereits aus sich heraus ein gleichsam natürlicher Treffpunkt für Homosexuelle ist. Selbstverständlich wird die gartenbauliche Gestaltung überarbeitet und dann einladender sein als dies zurzeit der Fall ist.

Wie auch immer, wir möchten die Umgebung offen halten für einen vielfältigen Umgang mit dem Denkmal, und wir wollen den Nutzern nicht bestimmte Verhaltensmuster vorschreiben.

*Wie kann das Denkmal der differenzierten Geschichte von Schwulen und Lesben in der NS-Zeit gerecht werden und zugleich für die Zukunft ein gemeinsames Zeichen gegen Ausgrenzung und Unterdrückung setzen?*

Intimität zwischen zwei Personen des gleichen Geschlechts war und ist immer noch ein Dorn im Auge der Mehrheitsgesellschaft. Paragraph 175 zeigte das sehr deutlich; und Händchen haltend durch die Stadt zu gehen oder das Küssen des Freundes oder der Freundin in der Öffentlichkeit ruft in den meisten Orten immer noch negative Reaktionen hervor. Diese „Sei wie Du willst, aber zeig es nicht“-Haltung ist unerträglich. Auch ist es wichtig, dass ein nationales Denkmal Bilder von Sexualität enthalten kann, die sich von den „mainstream“-Vorstellungen von männlichem und weiblichem Verhalten unterscheiden. Schauen wir doch nur, was gerade in Polen und Lettland geschieht.

Mit einem Kuss können die meisten Leute etwas verbinden, was Epochen oder Trends überdauert: Menschen werden sich – hoffentlich – auch in hundert Jahren noch küssen. Wir haben uns entschieden, einen Kuss zwischen zwei Männern zu zeigen, weil wir meinen, dass Homophobie – sowohl gegenüber Lesben als auch gegenüber Schwulen

– ganz eng zusammenhängt mit der Furcht vor all dem, was eine Bedrohung enger, viktorianischer Vorstellungen von heterosexueller Männlichkeit darstellen kann. Männlichkeitswahn, Machismo, ist so eine grundlegende Bedingung für Ausgrenzung, und die öffentliche Zurschaustellung zweier Männer, die sich emotionaler und oraler Intimität hingeben, stellt eine Bedrohung solcher Dominanz dar.

*In diesem Jahr hat es zum Christopher Street Day bereits eine erste Aktion gegeben: ein Kiss-In am künftigen Ort des Denkmals. Wie beurteilen Sie diese Aktion und wie schätzen Sie die Chance ein, dass das Denkmal zu einem lebendigen Ort wird, der Platz für Aktionen bietet?*

Das Kiss-In war eine private Initiative der Berliner Gruppe „Queer Action!“, und wir begrüßten es als positive Interpretation dessen, wofür das Denkmal möglicherweise stehen kann. Wichtig ist uns, dass das Denkmal die Homosexuellen von heute nicht in eine Opferrolle drängt und dass die Leute positiv auf das Denkmal reagieren. Das Denkmal an sich lebt von einem eher intimen, persönlichen und nachdenklichen Erleben des Besuchers. Die Filmprojektion kann immer nur von ein oder zwei Personen gleichzeitig gesehen werden. Das Denkmal ist nicht gestaltet als Austragungsort für Paraden oder Parties – Berlin hat bereits einige solche Orte. Aber hoffentlich kann es ein starkes, sichtbares Symbol und ein Treffpunkt für zahlreiche Aktivitäten werden. Wichtig war uns der Versuch, ein zeitgerechtes, fortschrittliches und auch zur Auseinandersetzung anregendes Kunstwerk zu schaffen. Ein Denkmal wird immer mehr sein als reine Repräsentation. Es ist auch immer eine persönliche und künstlerische Interpretation.

*Die Fragen stellte Eberhard Zastrau, Mitarbeiter der Pressestelle des LSVD. Übersetzung der Antworten: Eberhard Zastrau und Klaus Jetz.*

Im Kunst-Wettbewerb zum Denkmal hat die Jury mehrheitlich den Entwurf von Michael Elmgreen und Ingar Dragset zur Realisierung empfohlen. Für das Gelingen des Denkmals sind zwei Punkte wichtig: Seine Aussage muss den historischen Fakten standhalten, also auch die sehr unterschiedliche Praxis des NS-Staates gegenüber Lesben und Schwulen im Blick haben. Sonst verfehlt es die Aufgabe, die Erinnerung an das Unrecht wach zu halten. Gleichzeitig darf das Denkmal keinen Lesben ausschließenden Charakter bekommen. Das habe ich auch in der Jurysitzung so vertreten. Insbesondere für die Aufgabe, gegenwartsbezogen ein Zeichen gegen Ausgrenzung von Lesben und Schwulen zu setzen, sind kreative Ideen gefragt, den künstlerisch beeindruckenden Entwurf auch inhaltlich zu optimieren.

**Günter Dworek**



**Beratungshotline  
für Lesben, Schwule  
und ihre Kinder**

**Fragen zu**

- **Familienalltag?**
- **Familienplanung?**

**Hotline**

Regenbogenfamilien

**0221-925 961-26**

mittwochs

17.00 bis 19.00 Uhr

Lesben- und Schwulenverband  
(LSVD)

**Projekt**

**"Regenbogenfamilien"**

Pipinstraße 7, 50667 Köln

E-Mail: family@lsvd.de

[www.lsvd.de](http://www.lsvd.de)

**GaySecure**  
sicher schwul leben

- Alle Privaten Krankenversicherer zu Top-Konditionen – ab € 80,00 pro Monat – mit Beitragsbefreiungsoption als Rentner.
- Rürup-Rente, Riester-Rente, Alterseinkünftegesetz – Wir verschaffen Euch den Durchblick!
- Britische Versicherer – Riskante Anlage oder echte Renditealternative – Wir beraten Euch!
- Befreiung von der Sozialversicherungspflicht – Wie geht das? Wir zeigen es Euch!

**GaySecure –**

Das Versicherungskonzept vom LSVD und der ComVers GmbH –  
geprüft und gut!

Infos erhaltet Ihr bei:

**ComVers GmbH - Tel.: 040-2987210**

oder eMail: [CBrandt@ComVers.de](mailto:CBrandt@ComVers.de)



Ich find`s cool,  
Papa ist schwul.  
Ich find`s schlau,  
Mama liebt`ne Frau.

**KIDS AUS  
REGENBOGEN-  
FAMILIEN  
CHATTEN**

[www.kids.lsvd.de](http://www.kids.lsvd.de)

**Beratung für  
Regenbogenfamilien**

Tel. (0221) 92 59 61-26

[family@lsvd.de](mailto:family@lsvd.de)

LSVD Projekt

"Regenbogenfamilien"

Pipinstraße 7, 50667 Köln

[www.lsvd.de](http://www.lsvd.de)

**JETZT NEU IM HANDEL!**

**DU & DU**

**CAMPINO**

„Die schönsten Frauen  
sind in Homo-Skizzen“

**Schwache Momente**  
Wann es im Bett nicht klappt

**BÜHNE FREI!**  
Die zehn schönsten  
Musicalstars Europas

**Lilo Wanders**  
Das Comeback  
der alten Dame

**Gratis-DVD**  
Männer und Sensationen  
des CIRQUE DU SOLEIL

Gratis-DVD  
im Wert!



[www.de-irnd-fach.net](http://www.de-irnd-fach.net)

**DU & DU** Wir sind's!

**Schön lesbisch  
Noch schöner: L-MAG**



Jetzt im Bahnhofsbuchhandel, im Abo  
und an allen L-Spots in der Szene!

[www.L-mag.de](http://www.L-mag.de)

# Köstlicher tazpresso aus Fairem Handel



Probieren Sie den tazpresso.  
Ökologisch angebaut und fair gehandelt.  
Mehr Infos und Bezugsadressen unter [www.taz.de/tazpresso](http://www.taz.de/tazpresso).